

# Der KÄMPFER

## SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1944 - 1945



Nr. 3-4

März/April 1972

2 Schilling

## Den Markierungen folgen

Wenn davon gesprochen worden ist, daß Diskussion mit Demokratie gleichzusetzen ist, wenn wir daran erinnern, daß unserem Parteiprogramm 1958 ebenso eine Diskussion auf breitester Grundlage vorausgegangen ist wie dem „Programm für Österreich“, dann soll auch zugleich wieder einmal mehr gesagt werden, daß es gerade diese Diskussionen gewesen sind, die die alte Klarheit über unsere Ziele wiederhergestellt haben. Die Diskussion, die jetzt seit einigen Wochen begonnen worden ist — sie wird bis zu dem Parteitag in Villach längst nicht abgeschlossen werden können und wird weitergehen müssen —, wird umso gründlicher und offener durchgeführt werden müssen, weil die alte Klarheit, von der vorhin gesprochen worden ist, inzwischen wieder von einem Gestrüpp von Redewendungen und Vulgär-Phraseologie überwuchert zu werden droht.

Wer in einer Zeit, in der die Sozialistische Partei zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes die Regierung stellt, meint, ihr „Feuerschutz“ geben zu müssen, indem er erklärt, daß die Abschaffung des Eigentums an den Produktionsmitteln keine Eselsbrücke zum Sozialismus wäre, verkennt ebenso die Argumente der angeblich ungeduldrigen revolutionären Eliten wie wenn man behauptet, ein Brocken, den man vor 25 Jahren habe schlucken müssen, sei noch immer nicht verdaut, so daß an weiteren Appetit ohnehin nicht zu denken sei.

Es mag daher vielleicht nicht unangebracht sein, von verbalen Spitzfindigkeiten oder den als wissenschaftliche Analysen bezeichneten Vivisektionsversuchen in einfachen und allgemein verständlichen Worten an den Ausgangspunkt aller Diskussionen zu erinnern: Was ist Sozialismus? Ist er eine Weltanschauung und eine Lebensauffassung, ist er vielleicht sogar eine Art Religion oder nur ein bestimmtes Wirtschaftssystem? Oder ist er nur das, was gerne als These hingestellt wird, die einfache Behauptung, der Sozialismus sei lediglich Marxismus.

Selbstverständlich kann hier auf diese Fragen auch nicht einmal die Spur einer Antwort gegeben werden; diese bleibe der Diskussion überlassen. Wir wollen lediglich feststellen, daß der Sozialismus zwei große Gedanken einschließt, die sich zu einer Einheit formen: der Menschenwürde und der Gemeinschaft. Gerade aber der Gedanke der Menschenwürde umfaßt das Prinzip auch der Freiheit, sowohl der inneren, sittlichen Freiheit und Autonomie als auch der äußeren Freiheit, der politischen Freiheit, die allein Gewähr und Voraussetzung für jene ist. Zusammen mit dem Ideal einer Gemeinschaft — man könnte auch sagen der Brüderlichkeit — ist ein Zusammenleben aller im Sozialismus gewährleistet. Dazu kommt, daß noch niemand vor den Sozialisten auch die soziale Organisation der Wirtschaft in den Dienst dieser großen Ziele gestellt hat. Und es hat auch kein System gegeben, das so, wie es der Marxismus tut, eine Analyse des jeweils bestehenden Zustandes der Wirtschaft vorgenommen hat und so den Weg zu den großen Zielen aufzeigt. Der Sozialismus stellt dem bestehenden System das Ideal neuer und besserer Zustände entgegen und beschränkt sich nicht bloß auf eine bestimmte Wirtschaftsordnung oder etwa eine bessere Rechtsordnung und eine bestimmte höhere Kultur. Dieses Ideal, dieses Wunschziel kann und wird erreicht werden, wenn es auch mitunter durch die Probleme der Tagesfragen oder eines vielleicht zeitweilig notwendig scheinenden Praktizismus im Nebel allzu hitziger Diskussionen verschwinden mag.

Der Wanderer, der sich aufmacht, den Gipfel seiner Wünsche zu erstürmen, mag auf einer herrlich schönen Wiese unterwegs den Pfad nach oben aus dem Auge verlieren und sich angesichts des Gipfels vorerst der Blumenpracht, auf der er jetzt verweilt, erfreuen. Er wird aber mit doppelter Begeisterung und jugendlichem Elan seine Wanderung fortsetzen und bester Zuversicht dem Wege weiterfolgen, wenn ihn die (roten) Markierungen drüben die Fortsetzung des Weges erkennen lassen; eines Weges, auf den er sich verlassen kann, der ihn ganz sicher auf den Gipfel führen wird. Die Wegmarkierung war bis hierher rot — sorgen wir dafür, daß diese Markierung auch weiterhin rot bleibt. Vorwärts auf diesem Weg,

**zu einem sozialistischen Österreich!**

# 25 Jahre BUND SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER

## Feierstunde im Haus der Begegnung in Wien-Döbling

Aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens veranstaltete der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus eine Feierstunde. Die Chorvereinigung des ÖGB unter Leitung unseres Genossen Erwin Weiß, am Klavier Genosse Otto Pecha, sorgte für eine besondere musikalische Umrahmung, und Franziska Kalmar trug ergreifende Gedichte von KZ-Häftlingen vor. Dann hielt unsere Vorsitzende Genossin Rosa Jochmann die Festrede:

*Liebe Genossen und liebe Genossinnen, liebe Freunde, liebe Kampfgefährten!*

Nach einer aufschlußreichen Arbeitstagung\*, die durch Referate unserer Genossen Broda und Rösch ausgefüllt war und an die sich eine sehr interessante Diskussion geschlossen hat, haben wir uns zu dieser besinnlichen Stunde zusammengefunden.

Zu uns haben durch Franziska Kalmar Menschen gesprochen, die durch das Grauen der vergangenen Zeit gegangen sind, hat eine Frau gesprochen, die wußte, daß ihr letzter Gang der Weg zum Henker sein werde. Und trotz allen Leides und der Opfer haben diese Menschen den Glauben an das Morgen, den Glauben an den Sozialismus nicht verloren.

Der erste Chor, den wir zu hören bekommen haben, galt der Freiheit der Welt, und dieser Freiheit der Welt haben sich Menschen schon an der Jahrhundertwende verschrieben. Viele Generationen haben um diese Freiheit gekämpft, haben für diese Freiheit gelitten, Was heute ist und was werden konnte, ist nur deshalb möglich gewesen, weil schon um die Jahrhundertwende Menschen sich gegen das Unrecht auflehnten; nicht nur hier in Österreich, sondern überall in der Welt auf internationaler Basis. Bei uns hier in Österreich waren es die Verachteten, die Hungernden, die Rechtlosen und die Getretenen, die den Kampf gegen das Unrecht begonnen haben, denen wir es zu verdanken haben, daß wir heute an dem Errungenen festhalten können. Victor Adler und Friedrich Adler, Otto Bauer, Karl Seitz, Adelheid Popp und Anna Boschek — um nur einige zu nennen — und ihre Zeitgenossinnen und Zeitgenossen haben den Grundstein dazu gelegt, daß wir den Weg in diese Freiheit beschreiten konnten. Wir haben den Aufstieg, die vielen Erfolge der Ersten Republik erlebt: Sie erscheinen uns heute als eine Selbstverständlichkeit. Aber wir wurden auch Zeugen der brutalen Zerschlagung dieser so schwer erkämpften Ersten Republik. Wir erlebten blutenden Herzens, daß unsere Besten, Münichreiter, Wallisch, Weissel, erwürgt wurden und daß Unzählige im Kampfe fielen, denn der Faschismus war stärker als wir. Doch das Wunderbare folgte dann nach: Wir sind nicht liegen geblieben! Wir haben uns erhoben, und wir haben unseren Kampf fortgesetzt, wir haben ihn neu begonnen. Noch waren die Kanonen der Austrofaschisten nicht verstummt, das Standrecht noch nicht aufgehoben, und schon sammelten sich Genossen und Genossinnen: sie gründeten die Organisation der illegalen Revolutionären Sozialisten. Sie achteten nicht der Gefahren. Unter den schwierigsten Verhältnissen wurden überall in Österreich Gruppen gebildet, Schulungen durchgeführt, die „Kleine“ Arbeiterzeitung heimlich vertrieben, viele Aktionen gestartet und so der Sozialismus in den Herzen der Menschen aufrechterhalten. Ich will nicht reden von den heute Lebenden, die diesen Kampf mit uns getragen haben. Es wären ihrer zu viele, und es sitzen zu viele heute hier. Aber ich darf an unseren Genossen Afritsch, ich darf an die Genossin Moik, ich darf an den Genossen

\* Vgl.: a. a. O., S. 8.

Roman Felleis erinnern, an jene Genossen, von denen wir wissen, welchen großen Anteil sie daran haben, daß dieses unser Wollen schließlich gelungen ist. Ich darf an den großen Sozialistenprozeß im Jahre 1936 erinnern, wo die Ankläger zu Angeklagten und die Angeklagten zu Anklägern geworden sind, an jenen Prozeß, der uns viel neuen Mut gegeben und der in der ganzen Welt eine Welle der Begeisterung erweckt hat. Was unser Genosse Otto Bauer in seinem prophetischen und faszinierenden Buch „Zwischen zwei Weltkriegen“ vorausgesagt hatte, trat ein: Nach dem grünen Faschismus kamen die Barbaren, kamen die Braunen, und es kam der furchbare Zweite Weltkrieg. Ob in der erzwungenen Emigration, ob in den Gefängnissen oder in den Konzentrationslagern oder in der Freiheit — die in Wirklichkeit keine Freiheit gewesen ist, weil ganz Europa ein einziges Konzentrationslager war —, wir alle wußten und wir haben nie daran gezweifelt, daß unsere Stunde schlagen werde! Und wir überstanden die grauenhaftesten Situationen, weil wir den Glauben an den Sozialismus niemals verloren haben. Weil wir auch als Getretene im kalten, finsternen Bunker, hungernd auf der Erde liegend, von diesem Morgen, von dieser anderen Welt, von dieser Zweiten Republik geträumt haben! Als das Ende kam, das Jahr 1945, da vermißten wir viele Getreueste und geliebte Kampfgefährten, denen die Heimkehr versagt blieb. Und wir schworen uns damals in dieser Stunde, als das Tor des Konzentrationslagers sich geöffnet hatte — und diesen Schwur erneuern wir heute —, daß wir das Werk vollenden werden, das sie begonnen und mit ihrem Leben bezahlt haben. Wir hatten im Lager nicht nach den Nationen, nicht nach der Parteizugehörigkeit, nicht nach der Religion gefragt: Wir sind Freunde geworden über alle Grenzen hinweg! Und so gründeten wir nach 1945 den überparteilichen Häftlingsverband. Leider mußten wir aber bald erkennen, daß dieses Zusammenarbeiten von manchen dieser Gruppen falsch verstanden worden ist, daß die Probleme, die wir lösen sollten, auf ein falsches Geleise geschoben wurden. Und daher beschlossen wir Sozialisten, den Bund sozialistischer Freiheitskämpfer zu gründen. Die Gründungsversammlung fand am 10. Februar 1947 statt.

Du, liebe Genossin Paula Wallisch, Du bist unter uns eine von denjenigen, die das schwerste Opfer tragen mußten — und bitte verzeihe mir, wenn ich an einer Wunde rühre, die sich wohl niemals schließen kann —, Du warst damals bei unserer Gründungsversammlung im Ehrenpräsidium. Wir sind stolz darauf, daß wir Dir das Goldene Abzeichen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer überreichen können.

In diesem Präsidium war auch unser Genosse Fritz Matzner, war ebenso der Genosse Franz Maier aus Meidling, und im Präsidium warst auch Du, lieber Genosse Mark. Du bist maßgebend daran beteiligt, daß das Opferfürsorgegesetz geschaffen wurde, dessen 25jährigen Bestand wir ebenfalls im Mai dieses Jahres begehen. Wir wollen dieses 25jährige Jubiläum in unsere heutige Gedenkstunde mit einschließen.

Wenn man an das Jahr 1945 denkt, dann muß man feststellen (und das ist kein Eigenlob, sondern es ist einfach wahr), daß es die illegalen Revolutionären Sozialisten gewesen sind, jene, die aufrecht durch die Dunkelheit der Faschisten gingen, daß es dieselben waren, die dann nach 1945, ohne sich Rast zu gönnen, überall in den Organisationen, in ganz Österreich, in den Gemeinden, in den Dörfern und Städten, so auch in Wien, wieder drangegangen sind, die große Sozialistische Partei wieder aufzubauen. Viele von uns sind erst im Juli 1945 wieder zurückgekommen. Wir haben erschüttert festgestellt, wie sehr unsere Städte zerstört worden sind. Aber wir waren noch mehr über das Wunder erstaunt, daß die Partei in wenigen Monaten

wieder aufgebaut gewesen ist. Man hat uns (und es waren das unsere Genossen in den höchsten Funktionen) immer wieder versichert, daß es die Revolutionären Sozialisten waren, die die Brücke zur Zweiten Republik gebaut haben. Wir haben uns nicht beugen lassen; wir trotzten der Reaktion, wir achteten nicht der Gefahren.

Wenn man solche Feststellungen auch heute nicht mehr hört, sondern im Gegenteil, wenn es ganz andere Töne sind, die man zu hören bekommt, so bleibt es doch eine historische Tatsache, daß der Bestand der Revolutionären Sozialisten es ermöglicht hat, im Jahr 1945 dort fortzusetzen, wo uns 1934 die legale politische Arbeit aus der Hand geschlagen worden ist. Es bleibt dieselbe historische Tatsache, die, wie der 12. Februar 1934, für immer mit goldenen Lettern im Kampfbuch der Arbeiterbewegung eingeschreint bleibt.

Würde ich nun den Versuch unternehmen, die mühsame Arbeit des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer aufzuzählen, dann müßten wir viele Stunden beisammensitzen; wollten wir es schriftlich niederlegen, dann wären es viele Bände, die wir schreiben müßten, denn ungeheuer viel Arbeit ist seit 1945 bis heute geleistet worden. Es sei mir erlaubt, daß ich, der Wahrheit die Ehre gebend, unserer Genossin Muhr im Rahmen dieser Feier den herzlichsten Dank für diese Arbeit ausspreche, die sie geleistet hat.

Ich habe vorhin gesagt, daß wir viele dicke Bände schreiben müßten, um diese Arbeit zu schildern. Aber darin müßte auch etwas verzeichnet sein, was uns in tiefster Seele schmerzt: Wir müßten nämlich niederschreiben, daß es nicht der Kampf gegen die anderen, gegen die Gegner ist, der uns so schwergefallen ist und uns oft so schwerfällt. Was uns bedrückt, was uns manches Mal mutlos macht, das ist die Tatsache, daß wir den Kampf gegen die Lauheit, gegen den Unverstand, gegen die Gleichgültigkeit in unserer eigenen großen Parteifamilie führen müssen! Das ist es, was unsere Arbeit so unerhört erschwert. Die Menschen sind entsetzt darüber, wenn irgendwo ein Mord geschieht; wir sind es auch. Aber es läßt sie gleichgültig, daß mehr als sechs Millionen Menschen — nicht mit eingerechnet jene, die im Kriege, bei Stalingrad, in den Kriegsgefangenenlagern gestorben sind, nein, nur die, die durch die Konzentrationslager und Gefängnisse gingen —, sechs Millionen Menschen, Kinder, Mütter, Greise und Greisinnen, ganze Familien auf das grausamste ausgerottet worden sind. Die Angeklagten des jetzigen Auschwitzer Prozesses in Wien — und wir sollen uns darüber nicht täuschen — erwecken bei vielen Menschen keinen Abscheu, kein Entsetzen. Im Gegenteil! Man kann immer wieder hören, daß ihnen die Angeklagten leid tun, weil sie schon so alt sind, und daß wir endlich mit „all diesen Dingen“ aufhören und Schluß machen sollten. Es gehört viel Kraft dazu, daß man trotz alledem den Gedanken des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer weiterträgt, und daß wir versuchen, junge Menschen zur Mitarbeit zu gewinnen, um den Ewiggestrigen zu wehren; um zu verhindern, daß die kommende Generation dann wieder durch so leidvolle Zeiten gehen muß, durch die wir gegangen sind.

Als wir 1945 heimgekommen sind, da dachten wir weder an ein Opferfürsorgegesetz noch an eine Wiedergutmachung; denn ich möchte den in der Welt kennen, der imstande sein würde, dieses unermesslich grauenhafte Leid wieder gutzumachen. Als wir aber feststellen mußten, daß sogar für die Schuldigen Gesetze geschaffen worden sind, um sie zu „entschädigen“, da sind auch wir darangegangen, Gesetze für die Opfer und für ihre Hinterbliebenen zu schaffen. Wir haben den Genossen Maisel und Proksch heute sehr herzlich zu danken, denn sie waren es, die uns immer wieder geholfen haben, durch Verbesserungen des Opferfürsorgegesetzes das Los jener Menschen zu erleichtern, die so viel Leid erduldet haben. Wir müssen Dir, lieber Genosse Häuser, nicht minder aus ganzem Herzen im Namen der sozialistischen Freiheitskämpfer, aber auch im Namen der ÖVP-Kameradschaft und im Namen des KZ-Verbandes sehr herzlich dafür danken, daß du uns viel weiter entgegengekommen bist, als wir es zu hoffen gewagt haben. Denn durch die neue Novelle zum OFG können wir vielen der Allerärmsten helfen!

Wir haben aber natürlich auch noch andere Aufgaben. Eine dieser Aufgaben ist es, das Gedenken an unsere Pioniere, an die Opfer unseres Kampfes aufrechtzuerhalten. Ich glaube nicht überheblich zu sein, wenn ich sage, daß in diesen 25 Jahren ohne die Arbeit des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer, daß ohne unser Tun das herrliche Erbe aus der Ersten Republik, das mutige Tun der Menschen jener Zeit wahrscheinlich längst in Vergessenheit geraten sein würde.

Aber außer dieser Aufgabe des Gedenkens und der historischen Würdigung scheint uns eine andere nicht minder wichtig: Es ist der Kampf gegen die Reaktion, der Kampf gegen den Faschismus. Was wir heute im Lied hörten und wie wir es in der Illegalität gesungen haben, hat sich erfüllt, denn nicht nur in Wien, sondern von Vorarlberg bis zum Burgenland wurde eine ungeheure Aufbauarbeit geleistet. Oft denke ich daran, was wohl diejenigen sagen würden, die nicht mehr heimgekommen sind, könnten sie erleben und könnten sie sehen, was alles in diesen 25 Jahren geleistet worden ist. Wir haben erlebt, was die Pioniere der Arbeiterbewegung erträumt haben! Manchmal kommt es mir geradezu unvorstellbar vor!

Wir haben eine sozialistische Regierung. Der Mann, der 1936 im Prozeß der Revolutionären Sozialisten auf der Anklagebank gesessen hat und dort eine mutige, eine unvergeßliche Rede hielt\*, unser Genosse Bruno Kreisky, ist Bundeskanzler. Wir haben einen Sozialisten als Präsident des Nationalrats, wir haben Frauen auf der Regierungsbank, und ein Angeklagter aus dem Prozeß der Revolutionären Sozialisten ist heute Bundespräsident.

Das alles und noch viel mehr haben wir erreicht. Es ist uns möglich gewesen, die zerstörten Häuser wieder aufzubauen, Kindergärten, Studenten- und Erholungsheime, Schulen und Universitäten zu errichten — es war uns möglich, den Schutt aus einer schrecklichen Zeit wegzuräumen. Was uns aber noch nicht gelungen ist: die Gedanken und Ideen des Sozialismus in den Gehirnen der Menschen zu verankern. Es ist uns nicht gelungen, mit jenem Schutt aufzuräumen, den die Zeit von 1934 bis 1945 in den Gehirnen der Menschen angehäuft hat. Da liegt eine große, eine schwere Aufgabe noch vor uns.

Wir begehen heute 25 Jahre Bund sozialistischer Freiheitskämpfer. Aber wir sind alt geworden, wir haben nicht mehr viel Zeit, es liegen nicht mehr weitere 25 Jahre vor uns. Sorgen wir also dafür, daß Junge und Jüngere unsere Parolen und unsere Kampfesfahne weitertragen — im Kampf gegen jeglichen Faschismus! Erfüllen wir sie, diese jungen Menschen, mit der Begeisterung und dem Licht, das uns durch die großen Denker der Partei vermittelt wurde, als wir jung waren:

Licht in die Gehirne, Genossen und Genossinnen, Begeisterung in die Herzen der Menschen! Dann setzen wir das Werk jener unsterblichen Opfer würdig fort, die im Kampfe für die weltumspannende Idee des Sozialismus gefallen sind!

Wo du nicht brennst, und ich nicht brenne, wie könnte sich das Dunkel dann erhellen?

An der Feierstunde nahmen auch viele Festgäste teil: der Präsident des Nationalrates, unser Genosse Anton Benya, der Vizekanzler und Sozialminister Genosse Ing. Rudolf Häuser, Arbeiterkammerpräsident Genosse Ing. Wilhelm Hrdlitschka, Zentralsekretär Genosse Fritz Marsch, der frühere Sozialminister, unser Genosse Anton Proksch, und viele andere.

Ehrengast war unsere Genossin Paula Wallisch, die zu den Gründungsmitgliedern unseres Bundes gehörte. Ihr wurde das Goldene Abzeichen der sozialistischen Freiheitskämpfer verliehen.

Die würdige Feier zum 25. Jahrestag wurde mit dem „Lied der Arbeit“ abgeschlossen.

\* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 7/8, Juli/August 1969, S. 10.



# DIE TRÄGER DES *Goldenen Abzeichens*

## **Bundsvorstand**

**Paula Wallisch**

Verliehen am 29. Jänner 1972 anlässlich der Feierstunde.

## **Landesverband Niederösterreich**

Floria Aichberger (Neunkirchen), Ewald Deutsch (Mödling), Leopold Eder (Ravelsbach), Karl Fackler (Krems), Grete Flieger (Waidhofen an der Thaya), Hermann Kadletz (Ternitz), Franz Novak (Wiener Neustadt), Rudolf Pessenlehner (Schwechat), Josef Rohata (Mödling), Johann Schmied (Wilhelmsburg), Rudolf Winter (Baden), Josef Wondrack (Stockerau)

Verliehen am 18. Dezember 1971.

Alexander Fritsch (Mödling), Friedrich Giegl (Mödling), Josef Haindl (Wiener Neudorf), Berta Hosek (Gumpoldskirchen), Josefa Kotiza (Vösendorf), Karl Polster (Neu-Guntramsdorf), Rudolf Ruberl (Guntramsdorf), Hermann Wurmbbrand (Mödling)

Verliehen am 5. Februar 1972.

Johann Friedbacher, Karl Rieder, Franz Silldorf, Maria Wolf (alle Wiener Neustadt), Julius Hagen (Meiersdorf), Karl Schneider (Eggendorf), Andreas Schweiger (Erlach), Josef Steingress (Ebenfurth)

Verliehen am 24. März 1972.

## **Landesverband Wien**

Leopoldstadt

**Stanislaus Kriss**

Verliehen am 19. Jänner 1972.

## **Landstraße**

Leopoldine Altmar, Egon Angermann, Theodor Beck, Andreas Bettler, Josefine Feigl, Maria Felix, Josef Fidler, Josef Himler, Josef Illedits, Maria Jacobi, Margarete Kaindl, Leopold Kindl, Barbara Kobliha, Josef Kriz, Rudolf Liberda, Käthe Mödlagl, Paul Neuhauser, Anna Nosizka, Franz Nowak, Franziska Nowak, Paul Omascis, Magdalena Olsovszky, Hans Peier, Karl Prokop, Anton Rogl, Leopold Robitschek, Georg Rossak, Franz Schöffel, Hans Svorcsik, Johanna Tesar, Rudolf Thiel, Hermine Truttmann, Adalbert Uhrovcsik, Franz Weninger, Marie Wollitzer, Rosa Wopenka

Verliehen am 10. Dezember 1971.

## **Wieden**

Karl Dubsky, Stefanie Fahn, Alfred Galmayer, Maria Gröger, Antonia Grünwald, Friedrich Hajek, Josef Hederer, Marie Heitler, Annemarie Leisching, Dr. Ella Lingers, Bruno Polatschek, Wilhelmine Riedl, Hedwig Schlesinger, Ottilie Schorsch, Meta Steinitz, Alexander Stern, Maria Teller, Luise Wallner, Rosa Kohlich

Verliehen am 5. Februar 1972.

## **Margareten**

Adalbert Biss, Susanne Frei, Hermine Plasch, Leopold Plasch, Anton Sinkowitz, Otto Wolf

Verliehen am 12. Februar 1972.

#### Favoriten

Max Ehrenberger, Gertrude Flegel, Josef Freund, Gustav Fucik, Maria Gutmann, Alfred Hasenkopf, Johann Kaiser, Rosa Kepl, Karl Koch, Franz Kratky, Otto Kummermann, Elfriede Lichtenberg, Franz Lichtenberg, Josef Linek, Vinzenz Macholda, Franz Matuschofsky, Hans Ofner, Josef Pecnik, Karl Petr, Thomas Pocta, Karl Schäffer, Leopoldine Schleis, Anton Schramm, Johann Sebesta, Franz Semrad, Josef Tluchor, Karl Urban, Anton Vlach, Josefina Vlach, Stanislaus Waniak, Anna Zahradnik

Verliehen am 10. Februar 1972.

#### Simmering

Josefine Calta, Rudolf Hess, Karoline Hell, Paula Ihm, Franz Heindl, Rudolf Kreinz, Karl Maring, Johann Millich, Adolf Mraz, Heinrich Petrik, Anna Prepechal, Gustav Seethaler, Leopold Swoboda, Kurt Schmidt, Eduard Schubert, Johann Uden, Marie Wopenka, Fritz Wlach

Verliehen am 24. März 1972.

#### Hietzing

Edmund Briza, Peter Brummer, Adolf Czifer, Rudolf Freil, Michael Frischauf, Gottfried Fuchs, Ernst Gartelgruber, Leopold Hruschka, Hans Hütter, Ludwig Kostroun, Josef Kotter, Karl Mittermüller, Alois Strobl, Marie Weissel, Heinrich Vitt

Verliehen am 1. Februar 1972.

#### Penzing

Anton Bauer, Josefa Blat, Erwin Bock, Juliane Born, Johann Capra, Josef Gebhart, Emil Franz, Franz Glaserer, Karl Glück, Georg Hickersperger, Adolf Hofstätter, Josef Jarosik, Josef Kocwara, Josef Krämer, Maria Krämer, Emmi Krumm, Hans Krumm, Leopold Lausecker, Johann Lengauer, Leopold Maierhofer, Anton Neumann,

Hans Ofner, Alois Piperger, Antonia Platzer, Josefine Rauch, Leopold Schmid, Clemens Traxler, Franz Ullram, Josef Rziha, Eduard Vesely, Anton Zouplna

Verliehen am 24. März 1972.

#### Fünfhaus/Rudolfsheim

Karl Holoubek, Franz Kinkor, Anton Matourek, Leo Mistingering, Olga Seidenweg

Verliehen am 14. Februar 1972.

#### Hernals

Franz Blaha, Martha Blau, Fritz Bock, Hans Bock, Hella Cmejrek, Josef Cmejrek, Luise Dolnicek, Josef Fidra, Fritz Franke, Josefa Hahn, Willibald Kal, Auguste Katz, Julie Los, Ludwig Matzka, Franz Mayer, Johann Nusser, Leopold Pischlöger, Amalia Reiser, Franz Schulz, Karl Wammel, Stefanie Weinzettel, Johanna Zachoval

Verliehen am 10. Februar 1972.

#### Döbling

Franz Belohlawek, Anton Bruckner, Karl Humbs, Berta Kopsa, Emilie Kupka, Friederike Müller, Maria Panek, Martin Radunsky, Franz Slepitzka, Eduard Weiland, Anna Zachata

Verliehen am 19. Jänner 1972.

#### Donaustadt

Otto Epstein, Anton Lehnert

Verliehen am 10. März 1972.

#### Ausland

##### Italien

Dr. Jakob Klarfeld

Verliehen im Februar 1972.



# Unsere Anträge zum Parteitag 1972

1

## Festhalten an den sozialistischen Grundsätzen

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus stellt folgenden Antrag:

### Antrag

Der Parteitag möge beschließen, daß die Diskussion über den Standort der SPÖ weitergeführt werde.

Ohne den Ergebnissen dieser geistigen Auseinandersetzung vorgreifen zu wollen, stellt er fest:

Bei Berücksichtigung aller Veränderungen, die in der Welt und in Österreich seit dem Jahre 1958 eingetreten sind, gilt es, an den sozialistischen Grundsätzen festzuhalten, die das damals beschlossene Programm der SPÖ enthält.

Der Sozialismus ist heute aktueller und notwendiger denn je. Daher darf die im Parteiprogramm formulierte gesellschaftspolitische Zielsetzung: Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft nicht verdunkelt werden.

Der Lehre Viktor Adlers, daß wir nicht nur Wähler gewinnen, sondern auch Sozialisten erziehen müssen, kommt in einer Situation, wo die SPÖ allein die Regierungsverantwortung trägt, besondere Bedeutung zu.

Die sozialistischen Freiheitskämpfer warnen vor Erscheinungen der Entideologisierung und unterstreichen die Notwendigkeit einer Bildungs- und Erziehungsarbeit im Geiste des Sozialismus.

2

## Verbot der „National-Zeitung“

Der Parteitag 1970 hat auf Antrag des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus einstimmig einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt:

„Der Parteitag beauftragt den Klub der sozialistischen Abgeordneten und die Bundesregierung, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Einfuhr und den Vertrieb der „National-Zeitung“ zu verhindern.“

Seit diesem Beschluß der höchsten Körperschaft der SPÖ ist nichts gegen die „National-Zeitung“ unternommen worden, obwohl dieses ausländische Presseorgan, das eine eigene Österreich-Ausgabe hat, weiterhin faschistisches, rassistisches und großdeutsches Gedankengut verbreitet, die Widerstandskämpfer beleidigt und die Verbrechen des Faschismus beschönigt — also all das tut, was nach den Bestimmungen des Staatsvertrages nicht getan werden darf.

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus stellt daher den folgenden Antrag:

### Antrag

Der Parteitag appelliert erneut an den Klub der sozialistischen Abgeordneten und die Bundesregierung, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Einfuhr und den Vertrieb dieses neonazistischen Presseorgans „National-Zeitung“ zu verhindern.

3

## Neuregelung der Entschädigungsfragen nach dem Kreuznacher Übereinkommen

Die durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft zu Schaden gekommenen Opfer und die Hinterbliebenen nach Opfern haben bisher nur unzureichende Entschädigungen erhalten.

Es bestehen derzeit Möglichkeiten, zu neuerlichen Verhandlungen über den Finanz- und Ausgleichsvertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik bezüglich einer Neuregelung der Entschädigungsfragen zu gelangen.

Die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen Verfolgten haben während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft die größten Opfer an Leben und Gesundheit gebracht.

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer stellt daher den folgenden Antrag:

### Antrag

Die sozialistischen Abgeordneten und die Bundesregierung werden aufgefordert, dafür einzutreten, daß bei den neuerlichen Verhandlungen über den Finanz- und Ausgleichsvertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland (Kreuznacher Übereinkommen) die Forderungen der Opfer des Faschismus einbezogen werden.

## 4

## Resolution

**Entschiedener Kampf gegen Nationalismus,  
Fremdenhaß und Antisemitismus**

In Österreich wird von den Unbelehrbaren eine systematische Hetze gegen die Gastarbeiter betrieben, wobei die neonazistische NDP eine führende Rolle spielt. Die von den Angehörigen dieser Partei verbreitete Parole: „Tschuschen raus“ ist ein Appell an die niedrigsten Instinkte des Nationalismus und Rassismus.

Der Parteitag erwartet, daß die Sicherheitsbehörden den Unbelehrbaren das Handwerk legen und die neonazistische NDP auflösen. Gleichzeitig tritt der Parteitag dafür ein, die soziale Lage der Gastarbeiter zu verbessern und in der Bevölkerung aufklärend zu wirken, den Haßparolen entgegenzutreten.

Die antisemitischen Exzesse von Abgeordneten der ÖVP im Nationalrat haben, ebenso wie ähnliche Vorkommnisse in der Vergangenheit, bewiesen, daß es trotz den Massensmorden an Menschen jüdischer Herkunft in Österreich noch immer Antisemiten gibt, die aus den furchtbaren Erfahrungen der Vergangenheit nichts gelernt haben.

Der Parteitag unterstreicht daher die Notwendigkeit, antisemitischen Tendenzen kompromißlos entgegenzutreten und auch im österreichischen Strafrecht Voraussetzungen für das gerichtliche Vorgehen gegen antisemitische Hetzer zu schaffen.

Der Parteitag verurteilt die Haltung der Freiheitlichen Partei, die im Nationalrat das internationale Abkommen gegen den Rassismus, das bereits von 60 Staaten unterschrieben wurde, abgelehnt hat, und fordert die konsequente Anwendung des Abkommens.

## 5

## Resolution

**Freiheit für das griechische Volk!**

Der Parteitag weist darauf hin, daß vor fünf Jahren, im April 1967, in Griechenland die Diktatur der Militärs errichtet wurde. Die Voraussage, daß es sich um eine vorübergehende Maßnahme handle und nach Abwehr einer angeblich bestehenden Gefahr, die demokratischen Rechte des griechischen Volkes wiederhergestellt werden, hat sich als Betrug erwiesen.

Das Gegenteil ist eingetreten: Das griechische Volk wird rücksichtslos unterdrückt, in den Gefängnissen werden die politischen Gefangenen grausam gefoltert.

Der Parteitag drückt dem um seine Freiheit kämpfenden griechischen Volk die brüderliche Solidarität der österreichischen Sozialisten aus, die wissen, was es bedeutet, unter einem Diktaturregime leben zu müssen.

Der Parteitag appelliert an alle der Sozialistischen Internationale angeschlossenen Parteien, gegen jede militärische und finanzielle Hilfe an das Regime der Obristen, das sich nur dank dieser Hilfe an der Macht zu halten vermag, Stellung zu nehmen.

Österreichs Sozialisten, die jede Gewaltherrschaft ablehnen, nehmen den fünfjährigen Bestand der griechischen Diktatur zum Anlaß, um ihre Kampagne für die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland zu verstärken.

**MAILIED**

**Soldaten, hört in Ost und West,  
Die Menschheit feiert heut ein Fest!  
Ein Maientag ward auserwählt,  
Zum Sieg des Rechtes in der Welt.  
Was vieler Schlachten Sturm erzwang,  
Verkündet froher Glockenklang:  
Der Krieg ist aus, es ist vorbei  
Die blut'ge braune Tyrannei!  
Und durch die Länder gellt ein Schrei:  
Die Völker frei!  
Die Völker wieder frei!**

**Die Faust, im Kriege Wunden schlug,  
Führ' wieder Hammer und den Pflug!  
Der Amboß und das Ährenfeld  
Sind wieder unser Gut und Geld!  
Ans Werk darum, mit Herz und Hand,  
Ist unser Ruf in Stadt und Land.  
Und aus der Seele Tiefe dringt  
Ein Lied, das alle Herzen zwingt,  
Die heil'gen Worte gelten doch:  
Die Arbeit hoch,  
Die Arbeit wieder hoch!**

**Das Vaterland, ein Trümmerfeld,  
Das ärmste in der weiten Welt.  
Noch einmal heiß die Träne rollt,  
Du klagst, ich hab' es nicht gewollt!  
Dann vorwärts in die neue Zeit,  
Für Wahrheit, Recht und Menschlichkeit!  
Verflucht sei bis in Ewigkeit  
Der blut'ge Krieg, der Völker Streit  
Allzeit gesegnet sei der Mai!  
Und Friede sei,  
Und wieder Friede sei!**

Der Bundesvorstand hatte für den 29. und 30. Jänner eine Arbeitstagung nach Wien einberufen, die im Haus der Begegnung, Wien 19, Gatterburggasse 2a, abgehalten wurde. Nach den auf der Tagesordnung stehenden Referaten schlossen umfassende Diskussionen die Beratungen ab.

# Unsere Arbeitstagung

Die Arbeitstagung 1972 begann am Samstag, dem 29. Jänner, um 10 Uhr. Die Vorsitzende unseres Bundes, Genossin Rosa Jochmann, begrüßte im Namen des Bundesvorstandes alle Anwesenden, vor allem die vielen Gäste: Ehrengast war Genossin Paula Wallisch.

Besonders herzliche Worte fand Genossin Jochmann für den ersten Referenten des Tages, unseren Genossen Dr. Christian Broda, dem sie nicht nur für sein Kommen dankte, sondern auch für seine unermüdete Arbeit, mit der er dazu beiträgt, die großen gesellschaftlichen Umwälzungen vorzubereiten, die wir alle anstreben. Wenngleich er Minister ist — er ist Sozialist geblieben. Und er ist immer da, wenn man ihn ruft. Mit Genossen Broda war auch Ministerialrat Dr. Ernst Kovacs vom Justizministerium gekommen, der ebenso herzlich begrüßt wurde.

Dann gedachte Genossin Jochmann der Toten des Februar 1934 und der Opfer aus der Zeit ohne Gnade sowie unseres Genossen Fritz Flussmann. Nach einer Minute des Gedenkens und der Besinnung begrüßte dann Genossin Dr. Erika Seda im Namen der Bezirksorganisation Döbling die Tagungsteilnehmer. Von den vielen erschienenen Gästen wurden noch einige Genossen begrüßt; dann begann Genosse Broda seine Ausführungen über

## das neue Strafrechtsgesetz.

Heute könne es wohl keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Reform des jahrhundertealten österreichischen Strafrechtes unaufschiebar notwendig geworden sei. Es gelte, im Rahmen des Strafrechtes dort Schwerpunkte zu setzen, wo besondere Schutzvorschriften gegen echte Kriminalität notwendig sind, und gleichzeitig, um diese konsequente Strafverfolgung zu ermöglichen, das Strafgesetz von überflüssigen, überholten und unzeitgemäßen Tatbeständen zu entrümpeln. Gerade weil wir im demokratischen Rechtsstaat Österreich unsere Strafgerichtsbarkeit dort nicht einsetzen, wo sie die Diktaturen mißbrauchen, nämlich zur Verfolgung und Unterdrückung politisch andersdenkender Mitbürger, kann sie ihre Arbeit wirkungsvoll auf die Bekämpfung der echten Kriminalität ausrichten. Der Justizminister hob dabei hervor, daß der Gesetzgeber einer Ehrenpflicht des Gedenkens gegenüber den Opfern der Diktaturen und des Faschismus nachkommen wird, wenn er die dem gegenwärtigen Strafgesetz unbekanntes Strafbestimmung gegen den Völkermord beschließen wird, mit welcher Österreich auch eine Verpflichtung erfülle, die es durch die Annahme der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes eingegangen sei.

In der Folge erklärte Genosse Broda unter anderem: „Gerade in letzter Zeit ist wiederholt in massiver Form von einem Ansteigen der Kriminalität in Österreich gesprochen worden. Dieses Problem darf weder über- noch unterschätzt werden. Nüchtern betrachtet, zeigt sich, daß auch in Österreich ein allerdings geringeres Ansteigen der Kriminalität als in anderen Ländern in bestimmten Sparten, vor allem bei den Eigentumsdelikten, zu verzeichnen ist. Wir sind aber sehr froh darüber, daß die Zahl der Sittlichkeitsdelikte eindeutig sinkt. Dennoch liegt es uns ferne, den wirksamen Schutz der Gesellschaft vor dem gefährlichen Rechtsbrecher zu vernachlässigen.“

Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß man Strafgesetzreform und Strafvollzugsreform als eine Einheit betrachten muß. Das kommende Strafgesetz wird bisher durch das Strafgesetz nicht erfaßte Formen ‚moderner Kriminalität‘ unter Strafe stellen. Ich denke dabei etwa an die neuen Tatbestände gegen erpresserische Entführung oder Luftpiraterie.

Der Ausbau unseres Strafvollzugs, seine sachliche und personelle Ausstattung werden uns in die Lage versetzen, echte Resozialisierung leisten zu können.

Man darf eben nie vergessen, daß die Resozialisierung auch im Interesse des Schutzes der Gesellschaft geboten ist, da verhindert werden muß, daß ein Täter nach Strafverbüßung neuerlich rückfällig wird. Gerade Humanität gegenüber dem Mitbürger, der einmal gestraucht ist und dem wir bei der Resozialisierung helfen können, schützt die Gesellschaft oft wirkungsvoller und nachhaltiger als die Aufrechterhaltung unmenschlicher Gesetze aus einer unmenschlichen Vergangenheit, die wir längst überwunden haben.

Die Strafgesetzreform muß in dieser Legislaturperiode zum Abschluß gebracht werden. Dem Parlament steht ein Zeitraum von einem vollen Jahr zur Verfügung, um diese umfangreiche Materie gewissenhaft zu beraten, damit das neue Strafgesetz noch in dieser Gesetzgebungsperiode, nämlich am 1. Jänner 1975, in Kraft treten kann, da wir auch den Gerichten eine Übergangszeit zur Einarbeitung einräumen müssen. Ich bin zuversichtlich, daß auch die Oppositionsparteien verstehen werden, daß nur in konzentrierter gemeinsamer Arbeit die so notwendige Reform zum Abschluß gebracht werden kann.“

Genosse Broda erinnerte unter anderem daran, daß es einen unlösbaren Zusammenhang zwischen der Sozialistischen Bewegung und dem Strafgesetz gebe. Schon an der Wiege der Arbeiterbewegung stehe der Strafprozeß im Juli 1870, und seither sei die Funktion der Justiz eigentlich stets gleichgeblieben. So ist es auch nur zu verständlich, daß seit Hainfeld noch jedes SP-Programm immer auch zu rechtspolitischen Fragen Stellung bezogen hat. Das Beharrungsvermögen des gesellschaftlichen Überbaues ist aber vielfach unterschätzt worden, und jede Entwicklung in diesem Über-



Genossin Dr. Erika Seda begrüßt die Arbeitstagung auf historischem Boden

bau geht nur sehr langsam und zähe vor sich. Als nur ein Beispiel dafür erwähnte Genosse Broda das Standrecht. „Es wird nie wieder aktuell werden“, sagte man, als am 3. April 1919 der Antrag gestellt wurde — aber erst im Februar 1968 sei es tatsächlich abgeschafft worden!

Darum müsse auch verstanden werden, daß es einen ungeheuren Nachziehbedarf zu bewältigen gibt, daß es einen gewaltigen Erziehungsprozeß bedeutet hat,

wenn man heute darangehen kann, Vorurteile, Tabus und Aggressionen gegen Andersgesinnte oder Minderheiten zu beseitigen. Wenn wir heute endlich so weit sind, dann ist das vornehmlich ein Verdienst der Sozialisten in unserem Staate, und er erwähnte die Namen Proft, Pollak, Strasser, Tschadek, um nur einige zu nennen.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich viele Genossinnen und Genossen, die zu den verschiedensten Punkten der Ausführungen des Genossen Broda Stellung nahmen, aber auch neue beziehungsweise unerwähnt gebliebene Gesichtspunkte vorbrachten.

In seinem Schlußwort ging Genosse Broda auf jeden einzelnen Diskussionsbeitrag ausführlich ein und erläuterte noch ausführlich einzelne verschiedene Artikel des neuen Strafrechtsentwurfes: So zum Beispiel den § 144 (§ 218 in der BRD), den § 290 (gegen Verhetzung) oder den § 328 (gegen den Völkermord), mit dem Österreich der UNO-Empfehlung beipflichtet.

Damit war das Arbeitspensum der Vormittags-session erfüllt, und die Arbeitstagung wurde unterbrochen. Der Nachmittag war dem mit ganz besonderem Interesse erwarteten Referat des Genossen Otto Rösch gewidmet. Genosse Dipl.-Ing. Rudolf Trimmel eröffnete die Nachmittags-session, begrüßte den schon seit einiger Zeit anwesenden Innenminister und erteilte ihm nach organisatorischen Mitteilungen und der Erledigung eines Geschäftsordnungsantrags das Wort zu seinem Referat über die gesetzlichen

#### **Möglichkeiten zur Bekämpfung neonazistischer Umtriebe.**

Genosse Rösch begann seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß fast auf den Tag genau schon vor zehn Jahren die Frage untersucht wurde, inwieweit in Österreich eine neofaschistische Gefahr bestehe. Er zitierte den damaligen Innenminister, Genossen Josef Afritsch, der damals sagte: „Wie ich schon mehrmals öffentlich erklärt habe, ist es unrichtig und dem Ansehen Österreichs abträglich, den Neonazismus zu überschätzen. Zugleich muß aber auch vor jeder Unterschätzung oder Bagatellisierung, die noch gefährlicher werden könnte, eindringlich gewarnt werden.“ Genosse Rösch meinte, daß das, was schon damals gesagt wurde, auch heute noch seine Gültigkeit habe. Und natürlich dürfe niemand diese Gefahren unterschätzen. Wir betrachten im Rahmen dieses Referates zwar nur die Situation in Österreich, aber wir übersehen nicht, welche Tendenzen sich in unseren unmittelbaren Nachbarländern, aber auch sonst in Europa und in der Welt abzeichnen. Genosse Rösch wies darauf hin, daß die einzige eindeutig faschistische Gruppierung, die wir in Österreich haben, die Leute um den sattsam bekannten Dr. Norbert Burger sind. Dabei handle es sich um Fanatiker übelster Sorte.

Es entspricht unserem Vereinsgesetz, daß Vereine bei der Behörde angezeigt werden müssen. Aber unser System der Zulassung von Vereinen ist ein „negatives“ System. Das besagt — und so wird es auch gehandhabt —, daß jeder Verein, der angemeldet wird, automatisch als zugelassen gilt, wenn er nicht untersagt wird. Und für diese Untersagungsmöglichkeiten gibt es nur sehr wenig gesetzlichen Spielraum.

Nun wurde die NDP am 24. Mai 1966 (unter Hetzenauer) bei der Vereinsbehörde angemeldet und auf Grund der mit der Anzeige der Gründung vorgelegten Statuten nicht untersagt. Der Verein war also gesetzlich zugelassen. Auch als am 17. April 1969 die Umbildung dieses „Vereins“ der Behörde gemeldet wurde, hat der damalige Innenminister Soronics wieder keine Untersagung ausgesprochen; wahrscheinlich wohl deshalb, weil mit dieser Anzeige der „Umbildung“ später auch die Tätigkeit als politische Partei erfolgte.

Genosse Rösch gab dann eine chronologische Übersicht über die „Tätigkeit“, besser gesagt über die Taten dieser Gruppe, beginnend vom Juni 1970 bis in die jüngste Zeit. Und er nahm eine klare Stellungnahme gegen die Überbetonung dieser exzessiven Veranstaltungen durch die sogenannten Massenmedien ein; insbesondere wandte er sich gegen den ORF und ganz be-

sonders gegen das Fernsehen. Und er verwies dabei auf die von der Behörde untersagte Veranstaltung der NDP im Juli 1971, bei der ebenso wie bei der Nazi-Demonstration im Mai vor dem Erzbischöflichen Palais in Wien die Vermutung naheliegt, daß es zu einer direkten Absprache zwischen Mitarbeitern des ORF und Leuten von der Gruppe des Herrn Burger gekommen sein muß. Denn trotz des behördlichen Verbots der Veranstaltungen war der ORF-Fernsehaufnahmewagen zur Stelle!

Im Laufe seiner weiteren Ausführungen berichtete Genosse Rösch über die Aktionen, die gegen die Umtriebe der Burger-Leute gesetzt worden sind, wobei er auch darauf zurückkam, was er vor etwa eineinhalb



*Genosse Dr. Christian Broda bei seinem Referat über die Strafrechtsreform*

Jahren gelegentlich der Vorsprachen von Vorstandsmitgliedern unseres Bundes mit Genossin Rosa Jochmann an der Spitze gesagt hatte. Er wies auch darauf hin, daß das oft zitierte Verbotsgesetz heute nur mehr wenig Handhaben gegen die Umtriebe der Burger-Leute bietet. Denn ein Verstoß gegen dieses Gesetz besteht nur dann, wenn es sich um Handlungen zur Wiederbegründung der NSDAP, der SA oder der SS beziehungsweise einer anderen seinerzeitigen Nazi-Nebenorganisation handle. Im Falle der NDP liege aber eine faschistoide Entwicklung vor. Dieser Entwicklung müsse, meinte Genosse Rösch, durch die bevorstehende Strafrechtsreform ein Riegel vorgeschoben werden. Dann können auch die Behörden eher durchgreifen. In der Demokratie müssen die Grenzen der Toleranz gegenüber faschistischen oder anderen antidemokratischen Tendenzen deutlich sichtbar werden.

Genosse Rösch wies in diesem Zusammenhang auch auf die Schwierigkeiten hin, denen er sich gegenüber sieht, wenn die NDP als sogenannte „wahlwerbende Gruppe“ auftreten könnte, weil Wahlversammlungen gesetzlich nicht verboten werden können. Jedenfalls ist er der Überzeugung, daß sich die Situation in den letzten 21 Monaten nicht geändert habe, zumindest nicht in Österreich. In jeder Demokratie gäbe es kleine extreme Gruppierungen, sowohl rechts als auch links, und solange es gelingt, sie in einer solchen Minimalisierung zu halten, wie das jetzt der Fall ist, dann stellen sie keine ernste Gefahr für die Demokratie dar. Wachsam aber werden wir alle bleiben und bleiben müssen.

An das Referat des Genossen Rösch schloß sich eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion an, in der viele Genossinnen und Genossen zu Worte kamen. Insbesondere die Genossen aus den Bundesländern brachten ebenso wie die Genossen Hindels und Seda sowie Genossin Lichtenberg eine ganze Reihe von Exzessen zur Sprache und nahmen zu dem Referat ausführlich Stellung.

Genosse Rösch ging auf alle Diskussionsbeiträge ein und schloß mit dem Hinweis darauf, daß die Polizei einmal „Service“ für die Staatsbürger sein solle und nicht für die Überwachung der Gesellschaft. Bis dahin wird noch viele Arbeit zu leisten sein, und es wird noch lange dauern, bis dieses Ziel erreicht ist.

Damit war der erste Arbeitstag unserer Tagung abgeschlossen, und Genosse Trimmel dankte sowohl dem Genossen Rösch für sein Referat als auch den zahlreichen Diskussionsrednern für die rege Teilnahme, die in so vielen Wortmeldungen zum Ausdruck kam.

## Der zweite Arbeitstag

Am Sonntag, dem 30. Jänner 1972, eröffnete Genosse Josef Hindels um 9 Uhr früh den zweiten Tag der Arbeitstagung. Er dankte zuerst in herzlichen Worten unserer Genossin Rosa Jochmann für ihre Festansprache bei der Feierstunde zum 25jährigen Bestehen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer, die sie am Vorabend gehalten hatte\*. Und er fügte unter anderem hinzu, daß sich die sozialistischen Freiheitskämpfer der Partei ganz besonders verbunden fühlen, daß sie aber gerade deswegen davon überzeugt sind, notwendige Kritik eben im Interesse der Partei auszusprechen, wo immer es auch sein möge. Auch in diesem Sinne seien die Beratungen und Diskussionen des gestrigen Tages im Anschluß an die Referate ein wertvoller Beitrag gewesen.

Genosse Hindels begrüßte hierauf nochmals den ersten Referenten des heutigen Tages Genossen Paul Bernstein und erteilte ihm das Wort zu seinem Referat

### Probleme der Opferfürsorge.

Die 22. Novelle zum Opferfürsorgegesetz wird vom Referenten eingehend erläutert; er bezeichnet es als besonders befriedigend, daß unter anderem auch eine Erhöhung der Unterhaltsrenten und die Angleichung der Witwenbeihilfe an die Unterhaltsrente für Hinterbliebene vorgesehen ist.

Genosse Bernstein kam dann auf allgemeine Fragen der Opferfürsorge zu sprechen. Er wies darauf hin, daß Ansuchen um Unterstützungen oder um zinsfreie Darlehen aus den Mitteln des Ausgleichstaxfonds nur dann rasch erledigt werden können, wenn die Gesuche durch Unterlagen mit allen im Zusammenhang stehenden Daten belegt werden.

Fehlen diese Unterlagen, dann müssen die Ansuchen an die zuständige Landesregierung zur Einleitung von Erhebungen weitergehen, und dadurch verzögert sich die Entscheidung wesentlich.

Sucht zum Beispiel der Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises um Gewährung einer einmaligen Aushilfe an, dann ist eine Bestätigung über die Höhe seines Einkommens — aber auch von der Gattin, sofern diese über ein eigenes Einkommen verfügt — beizuschließen; bei Berufstätigen ist dies eine Lohn- oder Gehaltsbestätigung, bei Pensionisten der letzte Pensionsabschnitt.

Um eine Unterstützung kann bei Notlage im Jahr einmal, in besonders krassen Fällen auch zweimal jährlich angesucht werden.

Ist ein Anspruchsberechtigter mindestens 21 Tage in stationärer Behandlung im Krankenhaus gewesen, dann wird ihm eine Aushilfe von 1000 S zuerkannt. Auf diese Aushilfe hat er allerdings nur einmal im Jahr Anspruch.

Darlehen können bis zur Höhe von 30.000 S vergeben werden. Der Darlehenswerber hat in seinem Ansuchen den Verwendungszweck anzugeben, die Unterlagen (Einkommensbestätigung, Kostenvorschläge oder Rechnungen) beizulegen und zwei Bürgen zu stellen. Von diesen ist die Bürgschaftserklärung und eine Einkommensbestätigung mitzusenden. Darlehen müssen spätestens innerhalb von 5 Jahren zurückerstattet werden.

Darlehen bis zur Höhe von 8000 S können auch ohne Bürgen vergeben werden, wenn die anderen Voraussetzungen erfüllt sind.

### Heilfürsorge

Inhaber einer Amtsbescheinigung haben Anspruch auf Heilfürsorge. Darunter fällt auch der Kurkostenbeitrag bei Absolvierung einer Kur.

Derartige Ansuchen können jedoch nur dann bewilligt werden, wenn der Antragsteller vorher bei seiner zuständigen Krankenkasse um Bewilligung einer Kur angesucht hat, aber abgewiesen worden ist. Liegt eine ärztliche Bestätigung vor, daß die Kur für die Gesund-

heit des Patienten notwendig ist, dann kann unter Vorlage der Abweisung der Krankenkasse und des ärztlichen Gutachtens bei der Heilfürsorge um den Kurkostenbeitrag eingereicht werden.

### Härteausgleich

In besonderen Härtefällen kann das Sozialministerium einen Ausgleich gewähren. Allerdings müssen die Anträge um Entschädigungen im Wege des Härteausgleiches dem Finanzministerium zur Zustimmung vorgelegt werden. Ein Beispiel: Rechtsanspruch auf die Einkommensentschädigung besteht dann, wenn dieser Schaden durch 3½ Jahre erlitten wurde und mindestens 50 Prozent betragen hat. In der Praxis hat sich herausgestellt, daß auf diesem Gebiet große Härten entstanden sind.

Im Weg des Härteausgleiches hat das Finanzministerium in der Regel zugestimmt, daß in jenen Fällen, in denen ein Einkommensschaden in der Dauer von mindestens 21 Monaten vorliegt, der aliquote Teil zur Auszahlung gelangt. Dieses Verfahren hat die Erledigung derartiger Anträge verzögert, und daher ist im Entwurf der 22. Novelle zum OFG vorgesehen, daß über Entschädigungsleistungen im Weg des Härteausgleiches künftighin der Sozialminister allein entscheidet.

In der Debatte wurden Anfragen verschiedener Art gestellt: So wurde besonders Klage geführt, daß Gewerbetreibende, die Inhaber einer Amtsbescheinigung sind, nicht mehr die Leistungen der Gebietskrankenkasse in Anspruch nehmen können, seit es die Krankenkasse für Selbständige gibt. Dies bedeutet eine besondere Härte, denn bei der Selbständigen-Krankenkasse müssen Arzt und Medikamente bezahlt werden, und es muß dann um Rückvergütung angesucht werden. Ein Teil der Ausgaben wird ersetzt, aber eine finanzielle Belastung bleibt trotzdem. Es wäre nur gerecht und billig, wenn der alte Zustand wiederhergestellt würde, damit die Opfer des Faschismus unter den Gewerbetreibenden die Leistungen der Gebietskrankenkassen so wie bisher beanspruchen können.

So wie bei den beiden Referaten des Vortages schloß sich nun an die Ausführungen des Genossen Bernstein eine rege Diskussion an, an der sich wieder zahlreiche Genossinnen und Genossen beteiligten. Dabei kamen viele Einzelfragen zur Sprache, mit denen sich die Fürsorgereferenten unserer Organisation in den Bundesländern, aber auch in Wien bei ihrer Tagesarbeit als Funktionäre immer wieder beschäftigen müssen, weil die Mehrzahl der Fälle mitunter sehr individuell gelagert ist. Dabei kamen einzelne Redner auch auf die unermüdlige Hilfsbereitschaft unserer Genossin Rudolfine Muhr und auf das Entgegenkommen der mit der Opferfürsorge befaßten Beamten zu sprechen.

Genosse Bernstein beantwortete viele Fragen und ging in seinem Schlußwort auch auf die Wünsche und Anregungen der Diskussionsredner ein. Allerdings sei die Herausgabe einer Art „Fibel“ der Opferfürsorge, wie sie ein Genosse vorgeschlagen hatte, nicht möglich, weil heute die Mehrzahl der zu bearbeitenden Anliegen bereits Individualfälle darstellen.

Auch das Referat des Genossen Bernstein wurde mit großem Beifall aufgenommen, und der Vorsitzende dankte ihm für die präzisen und ausführlichen Interpretationen, die die Vielfalt der Probleme aufzeigten, die sich in der Praxis der Opferfürsorge ergeben.

Nun kam als letzter Referent der Arbeitstagung unser geschäftsführender Obmann, unsere Genossin Rudolfine Muhr, zu Wort. Sie sprach über

### Organisationsaufgaben.

Als vor 25 Jahren der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus gegründet wurde, da gab es eine Fülle von kleinen und großen Aufgaben zu lösen. Galt es doch das Vermächtnis der Opfer, die nicht überlebten, zu erfüllen und ihr Andenken wachzuhalten, die Tradition zu pflegen, den Geist des Februarkampfes in der alten Generation wachzuhalten und in der jungen Generation zu wecken, die Gemeinschaft jener fortzusetzen, die in der Zeit des

\* Vgl.: a. a. o., S. 2.

Leidens und des Blutens entstanden ist und die alles für Freiheit und Demokratie wagten, die Rechte der Opfer und ihrer Hinterbliebenen auf gesetzlicher Basis zu wahren und zu vertreten, wachsam zu bleiben und allen Anfängen zu wehren. Genossin Muhr fuhr fort:

„Vor 25 Jahren dachten wir, ein Kampf gegen den Faschismus werde nie mehr notwendig sein; heute zeigt es sich, daß wir diese Aufgabe noch immer zu lösen haben und daß damit der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer nichts von seiner Daseinsberechtigung verloren hat.“

Nach den Statuten, die sich der Bund bei seiner Gründung gegeben hat, konnten Mitglieder nur werden:

a) Sämtliche Freiheitskämpfer, die aktiv an der Niederringung des Faschismus teilgenommen hatten, sei es durch illegale Arbeit oder mit der Waffe in der Hand;

b) alle Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und der politischen Verfolgung im Sinne des Opferfürsorgegesetzes.

Heute wissen wir, daß Freiheit und Demokratie nur dann geschützt werden können, wenn die Jugend unsere Arbeit fortsetzt. Die Entwicklung ging andere Wege, als wir nach 1945 annahmen. Wieder gibt es Menschen, die versuchen, die Jugend in ihrem Denken unheilvoll zu beeinflussen; sie scheuen sich nicht, offen ihren Antisemitismus zu zeigen, und ihre neofaschistischen Bestrebungen machen deutlich, daß die Gefahr für unsere Republik, für die Demokratie nicht vorüber ist.“

Diese Erkenntnis veranlaßte den Bund in der Bundeshauptversammlung 1966 den Beschluß zu fassen, junge Menschen als unterstützende Mitglieder aufzunehmen. Es sollte damit keineswegs eine Jugendorganisation der sozialistischen Freiheitskämpfer geschaffen werden. Unsere Aufgabe sehen wir einzig und allein darin, der Generation, die inzwischen herangewachsen ist und keine Erlebnishöhe zur jüngsten Vergangenheit hat, unsere reichen und bitteren Erfahrungen nahezubringen und ihr zu zeigen, was geschieht, wenn in einem Lande die Freiheit verlorengeht. Die Jugend soll rechtzeitig die Gefahren erkennen, welche die neofaschistische und antisemitische Propaganda in sich birgt. Die Jugend soll aber auch wissen, welchen Kampf die Generationen vor ihr geführt haben und welche Opfer gebracht werden mußten, bis sich die Arbeiterschaft aus ihrer Unterdrückung befreien konnte.

„Wir haben uns vor 25 Jahren vorgenommen“, fuhr Genossin Muhr fort, „das Vermächtnis der unsterblichen Opfer zu erfüllen, die mit dem unerschütterlichen Glauben an unsere Zukunft mutig in den Tod geschritten sind. Wir können dieses Versprechen nur lösen, wenn uns die Jugend im Kampf gegen den Neofaschismus unterstützt, wenn sie bereit ist, an unsere Stelle zu treten und Republik, Freiheit und Demokratie zu schützen, wenn wir dazu einmal nicht mehr in der Lage sind. Diesem Gedanken zufolge wollen wir junge



Genossin Paula Wallisch wurde das Goldene Abzeichen der sozialistischen Freiheitskämpfer verliehen.

Menschen gewinnen, die dann Mitarbeiter werden. Ein Anfang ist gemacht, die ersten Erfolge zeigen sich. Wir haben bereits ein Kontaktkomitee junger Genossen und Genossinnen, und sie haben für den 12. und 13. Februar 1972 ein Seminar für junge Mitarbeiter im Hörndlwald vorbereitet. Wir erwarten, daß uns im Kampf gegen den Faschismus die junge Generation unterstützt. Wir aber haben auch die Verpflichtung, den jungen Menschen zu helfen, damit sie durch ihre Arbeit erfüllen können, was wir von ihnen erwarten.

Mit dieser gegenseitigen Hilfe muß und wird es uns gelingen, in einer intensiven Aufklärung Interesse und Verständnis in der Öffentlichkeit für unsere Arbeit zu



Genossin Rudolfine Muhr berichtete ausführlich über organisatorische Fragen

finden. Und erst dann, wenn es uns gelingt, die Jugend zu gewinnen, wird dieser Kampf erfolgreich sein, erst dann und nicht früher werden wir unsere Aufgaben erfüllt haben, erst dann und nicht früher werden die Menschen in unserem Lande einer sicheren Zukunft, ohne Terror, entgegengehen können!“

Zu dem Referat der Genossin Muhr, das mit großem Beifall aufgenommen wurde, meldeten sich wieder zahlreiche Genossinnen und Genossen, um zu den Ausführungen Stellung zu nehmen oder um weitere Anregungen zu geben. Es waren auch hier wieder die Vertreter der Landesverbände, die manche Anregungen brachten und berichteten, in welcher Weise sie in ihren Bereichen die Werbung insbesondere von jungen Genossen als unterstützende Mitglieder unseres Bundes durchzuführen gedenken. Es ist zu hoffen, daß diese Aktivität nicht nur in Wien, sondern auch in allen anderen Landesverbänden einen sichtbaren Erfolg bringe, über den auf unserer nächsten Bundeshauptversammlung berichtet werden kann. Genosse Robert Blau (Landesverband Wien) stellte auch die Frage einer Vertretung im Wiener Ausschuß zur Diskussion und forderte den Bundesvorstand auf, sich an den Wiener Vorstand mit dem Ersuchen zu wenden, einen Vertreter der Freiheitskämpfer in den Wiener Ausschuß aufzunehmen; dem Vorschlag wurde einhellig zugestimmt.

Nachdem auch noch der Punkt „Allfälliges“ der Tagesordnung erschöpft war, ergriff Genosse Manfred Ackermann das Wort zu seiner Schlußansprache. Er dankte allen, die zu dem Gelingen der so ergebnisreichen Arbeitstage beigetragen hatten, wo immer auch diese Mitarbeit erfolgt sei — es würde zu weit führen, wollten wir alle Genossinnen und Genossen hier namentlich nennen —, und faßte dann noch die Ergebnisse der Referate und der sich anschließenden Diskussionen zusammen. Genosse Ackermann analysierte ausführlich die Folgerungen, die sich daraus für die Arbeit des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer ergeben. Das Ringen um die Jugend, der Kampf gegen faschistische Tendenzen und faschistoide Entwicklungen geht weiter. Und dieser Kampf ist nie zu Ende, denn nur wer bereit ist, die Freiheit täglich neu zu erkämpfen, der wird sie sich bewahren. Das wollen wir niemals vergessen!

Die Teilnehmer erhoben sich von ihren Sitzen, und mit dem „Lied der Arbeit“ wurde die Arbeitstagung 1972 abgeschlossen.

# Unser antifaschistisches Seminar

Seit einigen Jahren veranstaltet der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer antifaschistische Seminare für junge Sozialisten. Aus diesem Kreis haben sich einige Genossinnen und Genossen in der Erkenntnis der Notwendigkeit der Weiterführung des antifaschistischen Kampfes und des Weiterbestehens des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer als „Gewissen der Partei“ zusammengefunden, die als aktive Mitarbeiter in den verschiedenen Parteiorganisationen und in den sozialistischen Jugendorganisationen tätig sein wollen.

Im Dezember 1971 fand die konstituierende Sitzung des Jugendkontaktkomitees statt. Die wichtigste organisatorische Aufgabe ist heute für uns die Erweiterung dieser zentralen Gruppe. Leider sind noch immer nicht alle Wiener Bezirke durch junge Genossen in unserem Kreis vertreten. Daher haben es unsere Mitarbeiter übernommen, außer in ihren eigenen Bezirken auch den Kontakt zu den anderen herzustellen, um dort Aktivisten für unsere Gruppe zu finden.

Mit dieser Tätigkeit steht die Mitarbeit bei der Werbeaktion des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer eng im Zusammenhang.

Selbstverständlich dürfen wir uns nicht nur auf diese organisatorischen Aufgaben beschränken. Die Vertiefung unseres Wissens über die Vergangenheit, über die Grundsätze des Sozialismus, seine Ideengeschichte und die Geschichte der Bewegung sind uns ebenfalls Verpflichtung. Aus diesem Grund nehmen Mitglieder des Kontaktkomitees auch an einem Kurs „Gespräche über den Sozialismus“, an der Volkshochschule Ottakring teil, und es ist geplant, in nächster Zeit auch einen Arbeitskreis zu gründen, der sich ebenfalls mit diesen Fragen beschäftigen soll.

Das Jugendkontaktkomitee hat auch die Aufgabe übernommen, immer wieder antifaschistische Seminare zu veranstalten. Seit seinem Bestehen wurden bereits zwei Seminare, das erste im Jänner 1971 in Favoriten und das zweite, zentrale Seminar, im Schulungsheim im Hörndlwald veranstaltet. Es ist erfreulich, daß immer wieder eine Anzahl junger Menschen bereit ist, solche Schulungen zu besuchen. Das Ziel dieses Seminars war die Erarbeitung der gegenwärtigen Erscheinungsformen des Faschismus. Genossin Jochmann eröffnete das Seminar mit einer Begrüßungsansprache, die alle Anwesenden tief bewegte. Im Mittelpunkt standen die beiden Vorträge von Genossen Hindels, die wir auszugsweise veröffentlichen.\* Es ist beabsichtigt, diese Referate auch als Skripten für unsere weitere Schulungsarbeit herauszugeben. An alle Vorträge schloß sich eine äußerst rege und sachliche Diskussion.

Großen Anklang fand auch die am Abend des 12. Februar 1972 als Aussprache durchgeführte Argu-

mentenschulung. Ausgangspunkt dafür war ein Bericht von Genossen Seda über den Auschwitz-Prozeß in Wien. Es wurde versucht, auf faschistische Argumente aufmerksam zu machen und überlegt, welche Möglichkeiten bestehen, ihnen zu entgegnen. Das letzte Referat, das Genosse Bargil über Griechenland hielt, brachte eine Menge wertvoller Informationen.

Eine Februarfeier bildete den würdigen Abschluß der Seminar-Veranstaltung. Die eindrucksvolle Gedenkrede hielt Genosse Ackermann. Er sagte unter anderem:

*„Unsere Kundgebung will die Opfer ehren, sie will der Kämpfer gedenken und sie soll unsere Entschlossenheit bekunden, aus der Vergangenheit zu lernen — zu lernen aus unseren eigenen Fehlern und aus den Verbrechen unserer politischen Gegner von damals. Die Geschichte der Ersten Republik war für einen großen Teil ihres Bestandes die Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Partei um die Verteidigung der Demokratie. Der Haß der Bourgeoisie gegen die zu politischer Geltung und gewerkschaftlicher Kraft aufgestiegene Arbeiterklasse war unüberwindbar. Die Angst der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse könnte mit den Mitteln der Demokratie, mit dem Stimmzettel, die stärkste und damit zur Regierung berufene politische Kraft im Staate werden, ließ sie an der Demokratie verzweifeln. Das Bürgertum entschloß sich also, den Kampfboden der Demokratie zu zerstören und warf sich dem Faschismus in die Arme. Die Arbeiterklasse, ihre politischen, gewerkschaftlichen und militanten Organisationen waren in diesem Kampfe nicht die Angreifer, auch nicht in der militärisch entscheidenden Phase des Februar 1934.“*

*Im Februar 1934 wurden wir geschlagen, aber wir waren nicht besiegt. Der Kampf ging weiter. Er wurde mit neuen Mitteln und in neuen Formen, unterirdisch und illegal von den Menschen der neuen Bewegung geführt, die das große Erbe der alten Partei übernommen hatten: Von den Revolutionären Sozialisten.“*

Was wir aus der ergreifenden Darstellung dieses geschichtlichen Geschehens als Menschen der heutigen jungen Generation lernten: Die Erkenntnis der entscheidenden Bedeutung, den Anfängen der faschistischen Reaktion rechtzeitig zu wehren.

Bei der Gedenkfeier war auch Genossin Rudolfine Muhr anwesend, die im Namen des Bundesvorstandes allen Seminarteilnehmern das Buch von Julius Brauntal: „Auf der Suche nach dem Millennium“ überreichte.

Das antifaschistische Jugendkontaktkomitee hat nun beschlossen, jedes Jahr zwei Seminare zum Gedenken an die Opfer des Februar 1934 und an die Gründung der Republik am 12. November 1918 zu veranstalten. Das nächste Seminar ist für November 1972 geplant.

\* Vgl.: a. a. O., S. 13.

## Major Alexander Eifler

Genosse Alexander Eifler entstammte, wie General Körner, einer österreichischen Offiziersfamilie. Im Jahre 1910 wurde Eifler als Leutnant ausgemustert und im Dezember 1914 an die russische Front geschickt. Nach 32monatigem Frontdienst in Wolhynien kam er verwundet in ein Lazarett in Wien und wurde nach seiner Genesung auf dem italienischen Kriegsschauplatz, am berühmten, blutgetränkten Col di Lana, eingesetzt. Knapp vor Kriegsende — Eifler war inzwischen Hauptmann geworden — wurde er in die Bukowina versetzt.

Bis zum Jahre 1918 hatte sich Eifler in keiner Weise mit Politik beschäftigt, er war Offizier wie andere auch. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie war Eifler unter den Entwurzelten, aber er fand sich rascher zurecht als die meisten seiner Kameraden. Er blieb bei den Soldaten und ersuchte um Aufnahme in die Volkswehr, dem neuen Heer der Republik. Eifler wurde Soldatenrat in einem Infanteriebataillon, das im Arsenal lag und hatte dort die erste Begegnung mit dem Genossen Julius Deutsch, der damals Staatssekretär für das Heerwesen war. Eifler stellte sich mit seiner Kompanie der republikanischen Regierung zur Verfügung und stand überall in vorderster Front, wenn es galt, Gefahren für die junge Republik abzuwehren oder sie zu verteidigen.

Inzwischen wurde im Sommer 1920 die Volkswehr in das österreichische Bundesheer umgewandelt und Eifler erhielt eine Kompanie des I.R. Nr. 3. Das Bundesheer selbst war bereits in die Hände des Christlichsozialen Carl Vaugin

übergegangen. Für den aufrechten Eifler begann eine schlechte Zeit, er war „oben“ schlecht angeschrieben und so wurde er in die Abteilung für Zivilberufsausbildung versetzt.

Die Ereignisse des 15. Juli 1927 bewegten Genossen Eifler — er war inzwischen Major geworden — in den Ruhestand zu treten; aber der sollte für den aufrechten Mann alles eher als ein Ruhestand werden. In Tirol baute Richard Steidle die Heimwehr auf, die weder Heimat noch Heime schützen wollte, sondern einfach die republikanisch-demokratische Verfassung bedrohte und damit zur Kampftruppe gegen die Nichtbesitzenden wurde. Ein Vorschlag der Sozialdemokraten nach beiderseitiger Abrüstung wurde von der Gegenseite mit Hohn und Spott abgelehnt. Daher wurde im Jahre 1923 der Republikanische Schutzbund gegründet. Er war eine militärische Formation mit einer Landesleitung in jedem Bundesland. Die Zentralleitung bestand aus den Genossen Julius Deutsch und Rudolf Löw, Sekretär wurde Genosse Karl Heinz, den Nachrichtendienst übernahmen die Genossen Hans Freytag und Robert Gronemann, Stabschef wurde Genosse Alexander Eifler; die Ereignisse nahmen ihren Lauf.

Am 12. und 13. September 1931 putschte ein anderer „Rechtsanwalt“, Walter Pfrimer, in der Steiermark. Der Anschlag mißlang. Der Schutzbund stand während der Nacht vom 13. auf den 14. September in Bereitschaft. Aber wenige Monate nach dem Putsch gab es wieder Heimwehraufmärsche, und zwei Jahre später saßen die gleichen Heimwehrführer in der Regierung. Der Republikanische Schutzbund mußte auf der Hut sein. Am 31. März 1933 kam es zur Auflösung des

# Nationalismus und heutige Vorurteile

Das Thema steht mit der Ideologiediskussion in Verbindung, die den kommenden Parteitag im April vorbereiten soll. Es ist bestimmt kein innerparteiliches Geheimnis, daß in der Sozialistischen Partei Tendenzen vorhanden sind, die darauf hinauslaufen, zu betonen, daß wir keine sozialistische Politik betreiben können. Mit anderen Worten, daß wir es nicht wagen können, die Gesellschaft im Sinne des Sozialismus zu verändern, weil das nicht dem Bewußtsein der Massen entspräche. Würden wir es dennoch tun, dann kämen wir in einen Gegensatz zu den Wählern mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Die Antwort, die auf solche Argumentation gegeben werden muß, ist, daß wir uns mit dem Bewußtsein der Massen, wie es ist, nicht abfinden dürfen, sondern versuchen müssen, dieses Bewußtsein zu ändern.

Der Nationalismus und die nationalistischen Vorurteile sind ein Teil dieses Bewußtseins der Massen.

Wollen wir sie wirklich bekämpfen, so müssen wir uns klarwerden, worum es sich dabei handelt. Zwischen den Nationen gibt es ganz beachtliche Unterschiede. Otto Bauer hat in seinem Werk „Sozialdemokratie und Nationalitätenfrage“ dargestellt, wie die europäischen Nationen in der Zeit der bürgerlichen Revolution entstanden sind. Die Angehörigen der verschiedenen Nationen haben ein sehr unterschiedliches historisches Schicksal gehabt, und dieses führte dazu, daß sie sich auf verschiedenen Gebieten voneinander unterscheiden.

Welches sind die wesentlichen Merkmale des Nationalismus? Wir werden dann später sehen, wie wichtig diese Feststellung für die Entwicklung faschistischer Gedanken und faschistischer Ideologien ist:

1. Der Nationalismus übertreibt die tatsächlich bestehenden Unterschiede zwischen den Nationen, und er leugnet alles, was sie gemeinsam haben.
2. Der Nationalismus macht blind für die sozialen, für die klassenmäßigen Unterschiede im eigenen Land.
3. Der Nationalismus verherrlicht das eigene Volk.

Daraus ergibt sich, daß der Nationalismus seinem Wesen nach intolerant ist. Diese nationalistische Ungeduldssamkeit richtet sich auch gegen Minderheiten und gegen Gruppen innerhalb des eigenen Volkes.

Der Nationalismus beruht auf der Verbreitung von Vorurteilen. Die Frage, was ein Vorurteil ist, sollte man zunächst rein sprachlich beantworten. Ein Vorurteil haben heißt, daß geurteilt wird, ohne zu untersuchen, ohne zu prüfen und ohne dem zu Verurteilenden die Möglichkeit der Stellungnahme und Verteidigung zu geben. Wie so ein Vorurteil in der Praxis aussieht,

haben wir bei einer Untersuchung festgestellt, die in Österreich über die Verbreitung des Antisemitismus gemacht wurde. Der Prozentsatz an Antisemitismus in Österreich ist erschreckend hoch (68 Prozent). Aber unter denen, die die Juden ablehnen, hat es welche gegeben, die zugaben, daß ihnen noch nie ein Jude begegnet sei. Man hat also darauf verzichtet, eigene Erfahrungen zu machen.

Ein weiteres typisches Merkmal des Vorurteils ist das Weglassen aller positiven Erscheinungen. Es wird von einer bestimmten Menschengruppe nur das Negative betont.

Wie stark der Nationalismus und die nationalistischen Vorurteile in Österreich sind, hat man lange nicht wahrhaben wollen. Wahrscheinlich hat (aber diese Meinung wird von vielen nicht geteilt) die sogenannte Gastarbeiterfrage den Nationalismus und die nationalistischen Vorurteile nicht hervorgerufen, sondern die Anwesenheit einer größeren Anzahl von Ausländern in Österreich hat den vorhandenen Nationalismus, die vorhandenen Vorurteile bloß zum Vorschein gebracht.

Wenn jetzt auf Plakaten steht „Tschuschen 'raus!“, so braucht man sich nur das „Tschuschen“ wegdenken und das in den zwanziger und dreißiger Jahren übliche „Juden 'raus“ prangt wieder von den Wänden. Eine Geisteshaltung, die vorhanden war, konnte sich an der Gastarbeiterfrage entzünden. Alle Sozialmaßnahmen, die auf diesem Gebiet angekündigt werden, sind zwar sehr gut und nützlich, sie ändern aber nicht das geringste an nationalistischen Stimmungen und Vorurteilen, die es zu bekämpfen gilt.

Die Arbeiterbewegung ist nicht immun gegen das Gift des Nationalismus. Dabei muß man immer wieder bedenken, daß wir in Österreich eine wirtschaftliche Situation haben, wo die in Krisenzeiten eher noch verstärkte Angst bestünde, durch ausländische Arbeitskräfte den Arbeitsplatz zu verlieren. Die ausländischen Arbeiter verrichten meist Arbeiten, die die Österreicher nicht machen wollen.

Was man dagegen tun kann, ist: Ständiges Sichauseinandersetzen mit den Vorurteilen, dem Nationalismus bei jeder Gelegenheit entgegentreten, nicht nur mit moralischen Appellen, sondern auch mit nüchternen Argumenten.

Die ökonomische Entwicklung, die in der sogenannten westlichen Welt und auch in Europa vor sich geht, zeigt einen immer gewaltiger werdenden Konzentrationsprozeß des Kapitals. Immer mehr wirtschaftliche Macht konzentriert sich in den Händen großer Monopole. Die wirtschaftliche Integration Europas wird diesen Konzentrationsprozeß weitertreiben und verschär-

(Schluß auf Seite 14)

Republikanischen Schutzbundes durch die Regierung Dollfuß. Zwar wurden die Ordnerorganisationen unter der Leitung jener Männer aufgestellt, die die Leitung des Schutzbundes innehatten, aber in den ersten Februartagen des Jahres 1934 ließ Fey bereits einige Mitglieder der Zentralleitung verhaften, unter ihnen Major Eifler und Hauptmann Löw. Und am Morgen des 12. Februar 1934 widersetzte sich in Linz Genosse Richard Bernaschek mit seinen Schutzbündlern einer Waffensuche im Linzer Arbeiterheim mit Waffengewalt. Es gab die ersten Opfer . . .

Am 2. April 1935 begann unter dem Vorsitzenden Dr. Viktor Wilhelm der große Prozeß gegen die 21 Führer des Schutzbundes. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Viktor Zöchling. Genosse Alexander Eifler nahm mutig und entschlossen die ganze Verantwortung auf sich und wich keiner Frage des Vorsitzenden oder des Staatsanwaltes aus. Eiflers Verhalten machte einen tiefen Eindruck auf das Gericht: Hier stand ihnen kein zerknirschter Sünder, kein gebrochener Schwächling, sondern ein aufrechter Mann gegenüber, der sich furchtlos zu seiner Gesinnung bekannte. Eifler fühlte sich im Recht — und er war im Recht! Das Gericht der Dollfußregierung hatte den Auftrag, die angeklagten Schutzbundführer auf jeden Fall zu verurteilen, und es führte diesen Auftrag gehorsam aus. Das Urteil lautete auf 18 Jahre schweren Kerkers für Alexander Eifler. Ohne mit der Wimper zu zucken, nahm Eifler den Spruch des Gerichtes entgegen, und so aufrecht wie er den Gerichtssaal betreten hatte, so aufrecht hatte er ihn verlassen. Hauptmann Löw wurde zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Ein Proteststurm der Auslandspresse setzte ein, und so blieb Schuschnigg 1935 nichts anderes übrig, als bei der Weihnachtsamnestie auch Eifler und alle anderen noch in Haft befindlichen Schutzbündler zu amnestieren und aus der Straftat zu entlassen. Nun kamen für Genossen Eifler andere Sorgen. Er hatte seine Offizierspension verloren und fand in einer Schneiderwerkstätte Arbeit, in der er gerade so viel verdiente, um sich über Wasser zu halten. So verging Jahr um Jahr und Eifler blieb der aufrechte Streiter, der er immer gewesen war.

Am 16. März 1938 um 7 Uhr früh wurde Genosse Eifler von zwei Zivilisten mit Hakenkreuzbinden am Arm in seiner Wohnung neuerdings verhaftet und mit dem ersten Transport nach Dachau überstellt. Er mußte alle Torturen dieses ersten Transportes mitmachen, alle schweren Arbeiten, Strafen und Schikanen die die SS für Neuankommende bereitet hatte. Schließlich gelang es ihm, in der Schneiderwerkstätte unterzutauchen. Die kleine Erleichterung währte aber nicht lange; Dachau wurde geräumt und Eifler wurde mit 1500 KZ-Häftlingen nach Flossenburg zur Arbeit in den Steinbruch überstellt. Bis zum Skelett abgemagert kam er im Frühjahr 1940 wieder in das Lager Dachau zurück. Als er im Dezember 1944 mit Fieber in den Krankenzug aufgenommen wird, war es das erste Mal nach sechs Jahren, daß er sich krank gemeldet hatte. Zuerst schien es sich um eine leichtere Krankheit zu handeln; aber alle Mühe unserer Genossen, Ärzte und Pfleger konnte das Fieber nicht vertreiben. Sein Zustand verschlechterte sich zusehends, und in der Nacht vom 1. zum 2. Jänner 1945 starb Genosse Alexander Eifler.

# Die 22. Opferfürsorgegesetz-Novelle

Nun ist es soweit, und der Entwurf für eine 22. Opferfürsorgegesetz-Novelle wurde bereits vom Ministerrat genehmigt und dem Nationalrat zur Beratung und Beschlussfassung zugeleitet. Wir haben schon wiederholt über unsere offenen Forderungen und Wünsche, die wir für die 22. Novelle zum OFG angemeldet hatten, geschrieben. Heute können wir berichten, welche Forderungen vor der Erfüllung stehen und welche offen bleiben.

Mit Genugtuung stellen wir jedoch fest, daß wir beim Sozialminister, Vizekanzler Genossen Ing. Häuser, bei allen Vorsprachen volles Verständnis für unsere Sorgen gefunden haben. Nur dadurch werden auch wesentliche Verbesserungen nach Inkrafttreten der 22. Novelle einem größeren Kreis der Opfer und Hinterbliebenen zugute kommen. Es ist selbstverständlich, daß wir uns weiterhin um die Lösung der noch offenen Fragen bemühen werden, und wir sind überzeugt, daß wir wieder mit dem Entgegenkommen unseres Sozialministers rechnen können.

Nun zum Inhalt der 22. Novelle zum OFG:

## Das Leben im Verborgenen

Menschen, die aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen, um der drohenden Verhaftung zu entgehen, untertauchten, wurden nicht als Opfer des Faschismus anerkannt.

In der 21. Novelle zum OFG, die am 1. Jänner 1971 in Kraft getreten ist, wurde unseren Einwänden zum Teil Rechnung getragen und der Anspruch auf den Opferausweis jenen Personen zugebilligt, die auf dem „Gebiet der Republik Österreich“ durch mindestens 6 Monate im Verborgenen leben mußten.

Die Einschränkung „auf dem Gebiet der Republik Österreich“, welche alle ausschloß, die einer drohenden Verhaftung nur durch die Flucht ins Ausland entgehen konnten, dann aber in den von den Nazi besetzten Gebieten untertauchen mußten, bedeutete für diesen Personenkreis eine Härte. Auf diese Härte haben wir anlässlich unserer Verhandlungen besonders verwiesen, und so wird die Bestimmung „auf dem Gebiet der Republik Österreich“ mit dem Inkrafttreten der 22. Novelle fallen.

## „Menschenunwürdige Bedingungen“

Eine Benachteiligung für viele „U-Boote“ besteht darin, daß Anspruch auf eine Entschädigung nur für jene besteht, die ein Leben im Verborgenen unter „menschenunwürdigen Bedingungen“ nachweisen können. Gegen diesen Grundsatz haben wir immer wieder Einspruch erhoben, denn das Leben im Verborgenen ist an sich allein menschenunwürdig.

Seit vielen Jahren fordern wir daher die Beseiti-

gung dieser Bestimmung. Unseren Einwänden wird im vorliegenden Gesetzentwurf teilweise Rechnung getragen. Es sollen demnach „menschenunwürdige Bedingungen“ als gegeben angenommen werden, wenn es sich um ein Leben im Verborgenen unter falschem Namen oder unter falscher Adresse handelt.

In der Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf hat die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände einvernehmlich auf die Schwierigkeiten hingewiesen, wenn die Betroffenen nachweisen müssen, daß sie unter falschem Namen oder falscher Adresse im Verborgenen gelebt haben.

Wir halten unsere Forderung nach Streichung der Bestimmung „menschenunwürdige Bedingungen“ aufrecht und hoffen, daß der Nationalrat diese Änderung im Gesetz vornimmt.

## Die finanziellen Auswirkungen in der 22. OFG-Novelle für die Anspruchsberechtigten

### 1. Erhöhung der Unterhaltsrenten

Auf Grund der Dynamisierung wurden die Sätze der Unterhaltsrente ab 1. Jänner 1972 wie folgt festgesetzt:

	monatl. S
Für Opfer .....	2349
Für Opfer, die für eine Ehefrau oder Lebensgefährtin zu sorgen haben .....	2763
Für Hinterbliebene .....	1934

Ab 1. Juli 1972 wird die Unterhaltsrente erhöht auf:

Für Opfer .....	2513
Für Opfer, die für eine Ehefrau oder Lebensgefährtin zu sorgen haben .....	3151
Für Hinterbliebene .....	2069

Diese Erhöhungen betragen für Opfer 7 Prozent, für Opfer, die für eine Ehefrau oder Lebensgefährtin zu sorgen haben, sogar 14 Prozent.

### 2. Erhöhung der Witwenbeihilfe

Witwen nach Inhabern einer Amtsbescheinigung, deren Tod nicht im kausalen Zusammenhang mit dem Haftleiden steht, haben, wenn die Voraussetzungen bezüglich des Einkommens erfüllt werden, Anspruch auf die Witwenbeihilfe, deren Höhe mit zwei Dritteln der Unterhaltsrente für Hinterbliebene bemessen ist. Sie erhalten daher eine monatliche Witwenbeihilfe von 1289,30 S.

Ab 1. Juli 1972 wird dieser Satz auf 2069 S erhöht. Seit Jahren erheben wir bereits die Forderung, daß Witwen auch dann als Hinterbliebene anerkannt werden, wenn kein Nachweis erbracht werden kann,

(Fortsetzung von Seite 13)

fen. Manchmal beherrscht ein Monopol einen bestimmten Wirtschaftszweig in mehreren Ländern, das heißt, daß das Kapital immer mehr die nationalen Grenzen sprengt und international seine Macht ausübt. Wenn die arbeitenden Menschen dieser konzentrierten internationalen Macht des Kapitals nicht ihre Solidarität gegenüberstellen, so kann das auf längere Sicht gesehen, die schlimmsten Folgen haben.

Schließlich ist die Ideologiediskussion, die jetzt in der Partei begonnen hat, und mit der sich der kommende Parteitag beschäftigen wird, ja auch eine Diskussion darüber, wie weit der Prozeß der Verbürgerlichung in der Arbeiterbewegung schon fortgeschritten ist. Er scheint schon sehr weit fortgeschritten zu sein, und man wird sich anstrengen müssen, um wieder sozialistisches Gedankengut und sozialistische Grundsätze in den Vordergrund zu stellen. Das hängt mit dem Nationalismus und den nationalistischen Vorurteilen eng zusammen.

Eine sozialistische Bewegung, die entideologisiert ist, ist von der Gefahr bedroht, daß in ein solches gei-

stiges Vakuum bürgerliche Ideologien vollends eindringen. Und der Nationalismus ist ein wesentlicher Bestandteil der bürgerlichen Ideologie. Wir können also die Frage des Kampfes gegen den Nationalismus und gegen nationalistische Vorurteile nicht losgelöst von dem Ringen um sozialistische Politik und sozialistische Ideologie betrachten.

## Unsere Broschüre über Otto Bauer

Die Broschüre Manfred Ackermann: „Rede über Otto Bauer“ ist nach wie vor über alle Bezirksgruppen oder direkt in unserem Sekretariat zum Preis von S 3.— erhältlich.

Besonders im Zusammenhang mit der Diskussion um den Standort der SPÖ auf dem Parteitag 1972 in Villach wird die Broschüre ein wertvoller Behelf für viele junge Genossen und Genossen sein.

daß der Tod des Opfers Folge eines verfolgungsbedingten Leidens ist, wenn das Opfer zum Zeitpunkt seines Ablebens auf Grund einer Erwerbsverminderung von 50 Prozent eine Rente bezogen hat. Mit der geplanten Regelung wird diese Forderung wenigstens in Hinsicht auf die Unterhaltsrente, durch die Gleichstellung der Bezieherinnen einer Witwenbeihilfe mit den Hinterbliebenen erfüllt.

### 3. Erhöhung der Hilflosenzulage

Die Hilflosenzulage wurde mit 1. Jänner 1972 mit 692 S festgesetzt.

Ab 1. Juli 1972 sieht der Entwurf der 22. Novelle zum OFG eine Erhöhung auf 740 S vor.

Außerdem sollen Leistungen, die auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften gewährt werden, wie die Behindertenhilfe oder die Blindenbeihilfe, nicht mehr auf die Hilflosenzulage aus der Opferfürsorge angerechnet werden.

### 4. Anspruch auf Erziehungsbeitrag über das 18. Lebensjahr hinaus

Bis jetzt erhielten Empfänger einer Unterhaltsrente für jedes versorgungspflichtige minderjährige Kind einen Erziehungsbeitrag von monatlich 150 S. Nach der Erreichung der Volljährigkeit des Kindes wurde der Erziehungsbeitrag eingestellt.

Nach dem Entwurf für die 22. Opferfürsorgegesetz-Novelle soll der Erziehungsbeitrag auch über den Zeitpunkt der Volljährigkeit des Kindes bis zum 26. Lebensjahr beziehungsweise bis zum 27. Lebensjahr gewährt werden. Voraussetzung dafür ist, daß eine wissenschaftliche oder eine sonstige Schul- oder Berufsausbildung vorliegt. Bis zum 27. Lebensjahr wird sie gewährt, wenn das Kind während der Schul- oder Berufsausbildung den Präsenzdienst zu leisten hat.

Im Falle, daß das Kind infolge dauernder geistiger oder körperlicher Gebrechen außerstande ist, sich selbst zu erhalten, kann der Erziehungsbeitrag auch über das 27. Lebensjahr zuerkannt werden.

Voraussetzung dafür ist, daß das Gebrechen schon vor Erreichung der Volljährigkeit oder während des Studiums oder der Ableistung des Präsenzdienstes eingetreten ist.

### 5. Haftentschädigung an Eltern

Bisher hatten Eltern nach ihren durch die Verfolgung zugrunde gegangenen Kindern nur Anspruch auf die Haftentschädigung, wenn sie von dem Opfer zum Zeitpunkt der Verfolgung überwiegend erhalten wurden, im gemeinsamen Haushalt lebten und soziale Notlage vorliegt. Diese Einschränkungen waren für den betroffenen Personenkreis besonders hart, und im Entwurf zur 22. Novelle werden sie zur Gänze beseitigt.

Eltern nach Opfern werden ab 1. Juli 1972 Anspruch auf die Haftentschädigung ohne Einschränkung haben, vorausgesetzt, daß keine vorberechtigten Hinterbliebenen (Witwen oder Kinder) vorhanden sind.

### 6. Mindestentschädigung für Hinterbliebene nach Opfern, die im Freiheitskampf gefallen sind

Eine seit langem erhobene Forderung wird auf diesem Gebiet in dem Entwurf für die 22. Novelle berücksichtigt.

Witwen beziehungsweise Lebensgefährtinnen erhielten nicht die Mindestentschädigung von 10.000 S, wenn das Opfer im Freiheitskampf gefallen ist, die allen anderen Witwen (Lebensgefährtinnen) auch dann gewährt wurde, wenn das Opfer nur ganz kurze Zeit in Haft war oder beim Versuch, sich der Haft zu entziehen, getötet wurde, oder vor einer drohenden Haft Selbstmord begangen hat.

Ab 1. Juli 1972 können nunmehr jene Witwen oder Lebensgefährtinnen um die Mindesthaftentschädigung von 10.000 S ansuchen, wenn das Opfer im Kampf um die Freiheit und Demokratie Österreichs gefallen ist.

Damit wird ein Unrecht aus der Welt geschafft, gegenüber jenen Witwen (Lebensgefährtinnen), die schon am Beginn eines heroischen Kampfes das größte Leid erlitten hatten.

### 7. Anrechnung der Beschädigtenrente aus der Kriegsofopferversorgung auf die Unterhaltsrente

Ab dem 1. Juli 1972 wird es keine Anrechnung von Beschädigtenrenten aus der Kriegsofopferversorgung auf die Unterhaltsrente mehr geben. Auch hier wird eine Benachteiligung eines Personenkreises beseitigt, denn auch die Opferrenten, die nach dem Opferfürsorgegesetz zuerkannt wurden, werden nicht auf die Unterhaltsrente angerechnet.

### 8. Neuregelung bei Gewährung des Härteausgleiches

In der Praxis hat sich bei Handhabung des Opferfürsorgegesetzes herausgestellt, daß immer wieder Härten auftreten, die nur einen kleinen Personenkreis betreffen, und es daher schwer möglich ist, solche Härten durch Novellierung des OFG zu beseitigen.

Aus diesem Grunde wurde im § 15 a des OFG die Möglichkeit für den Sozialminister geschaffen, im Einvernehmen mit dem Finanzminister bei besonderen Härtefällen einen Ausgleich zu gewähren.

Es hat sich aber gezeigt, daß die Erledigung der Anträge auf Entschädigungen im Wege des Härteausgleiches verzögert wurde, weil auch das Finanzministerium jeden Akt bearbeiten mußte. Nachdem in fast allen dem Finanzministerium vorgelegten Anträgen die Zustimmung erteilt wurde, wird ab 1. Juli 1972 nach dem Gesetzentwurf von der Vorlage der betreffenden Akte an das Finanzministerium Abstand genommen.

Künftighin entscheidet über Härtefälle der Bundesminister für soziale Verwaltung nach Anhörung der Opferfürsorgekommission allein. Diese Vereinfachung wird eine Beschleunigung des Verfahrens ermöglichen.

Wir haben versucht, die Verbesserungen, die im Entwurf einer 22. Novelle zum OFG enthalten sind, zu schildern. Wir waren schon lange nicht in der Lage, über so wesentliche Verbesserungen in der Opferfürsorge berichten zu können. Es ist uns bewußt, daß der persönliche Einsatz unseres Sozialministers und seine Aufgeschlossenheit unseren Problemen gegenüber erst diese Änderungen möglich gemacht haben. Im Namen der Opfer und der Hinterbliebenen, die in den Genuß dieser Verbesserungen kommen, sagen wir unserem Sozialminister und Genossen Häuser allerherzlichsten Dank. Wir sind auch voller Zuversicht, daß die noch offenen Wünsche, die wir auf dem Gebiet der Opferfürsorge haben, mit der Hilfe unseres Sozialministers gelöst werden.

### Welche offene Forderungen in der Opferfürsorge bestehen noch?

Gewiß, mit der Beschlußfassung der 22. Novelle zum Opferfürsorgegesetz haben wir sehr viel erreicht. In Kürze wollen wir aber die hauptsächlichen Anliegen in Erinnerung bringen, die noch unerfüllt geblieben sind.

a) Die Anspruchsberechtigung auf die Entschädigung soll auch dann anerkannt werden, wenn eine Schulausbildung abgebrochen oder mehr als 3 1/2 Jahre unterbrochen wurde, oder wenn ein angestrebtes Studium oder eine angestrebte Schul- oder Berufsausbildung auf Grund politischer Verfolgung nicht erfolgen konnte.

b) Inhabern einer Amtsbescheinigung soll bei Zuerkennung und Bemessung der Opferrenten nicht nur die verfolgungsbedingte Minderung der Erwerbsfähigkeit, sondern die gesamte Minderung der Erwerbsfähigkeit (unter Berücksichtigung aller ärztlich festgestellten Leiden) zugrunde gelegt werden, wenn das männliche Opfer das 65. Lebensjahr und das weibliche Opfer das 60. Lebensjahr vollendet hat.

c) Ein besonderes Anliegen von uns ist es, daß alle Inhaber einer Amtsbescheinigung die Leistungen der Gebietskrankenkassen in Anspruch nehmen können.

Es wurde uns von einem Gewerbetreibenden, der Inhaber einer Amtsbescheinigung ist, eine Denkschrift überreicht, in der aufgezeigt wird, welche Härten sich ergeben, nachdem Selbständige und Bauern nicht mehr die Leistungen der Gebietskran-

kenkassen in Anspruch nehmen können, sondern nur die Leistungen ihrer zuständigen Krankenkassen. Es handelt sich bei dieser nicht allzu großen Gruppe um ältere Menschen, deren Gesundheit durch die Verfolgung besonders gelitten hat und die heute viel mehr ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen und oft teure Medikamente brauchen. Die finanzielle Belastung ist in diesen Fällen groß, und daher streben wir im Interesse der Betroffenen an, daß auch diese Frage einer befriedigenden Lösung zugeführt wird.

d) Entschädigungsansprüche gehen im Erbweg an die nächsten Angehörigen, wie Ehegatten, Lebensgefährten, Kinder oder Eltern, über.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß es uns schon lange nicht mehr möglich gewesen ist, über so erfreuliche Änderungen berichten zu können. Aber trotzdem hoffen wir, daß auch die noch offengebliebenen Wünsche erfüllt werden können, weil es dabei ja meist um individuelle Härten geht, die sich in der OFG-Praxis ergeben.

### In memoriam Anton Schmid

Am 18. April 1942 wurde der Feldwebel Anton Schmid öffentlich hingerichtet: Aus Anlaß des 30. Todestages der Justifizierung dieses aufrechten Österreicher wird nun am Mittwoch, dem 26. April 1972, im „Haus der Begegnung“ in Wien 21, Angerer Straße 14, der preisgekrönte Dokumentarfilm „Feldwebel Schmid“ gezeigt werden; unser Genosse Josef Hindels wird dabei einen Vortrag „Anton Schmid — das einsame Gewissen“ halten.

Der Autor des Drehbuches, Hermann Adler aus Basel, hat überdies zugesagt, zu dieser Gedenkstunde nach Wien zu kommen und einleitende Worte über den Film selbst sprechen.

Der zur deutschen Wehrmacht eingezogene Österreicher Anton Schmid hatte im Ghetto von Wilna hunderte Juden vor dem sicheren Tod bewahrt. Aber seine Menschlichkeit wurde ihm gleich vielen anderen zum Verhängnis. Er wurde deshalb zum Tode verurteilt und am 18. April 1942 gemordet.

Noch in seinem letzten Brief an seine Frau hat er gezeigt, daß ihn die braune Brutalität nicht hat beugen können. Angesichts des Todes bekannte er sich standhaft und mutig zur Stimme seines Gewissens. „Ich habe ja nur Menschen gerettet, vor dem was mich ereilte. Und das ist mein Tod“, schrieb er in diesem Brief.

Alle Genossinnen und Genossen sind eingeladen, am Mittwoch, dem 26. April 1972, um 19 Uhr zu dieser Veranstaltung in das „Haus der Begegnung“ zu kommen (Wien 21, Angerer Straße 14 (Schnellbahnstation Floridsdorf)). Karten zu S 6.— sind schon jetzt in unserem Sekretariat erhältlich.

## Aus dem Wiener Landesverband

### Jacques Hannak — ein Achtziger

Genosse Dr. Jacques Hannak feierte in diesen Tagen seinen 80. Geburtstag. Aus diesem Anlaß hat der Jubilar viele Gratulationsschreiben erhalten. In dem Telegramm der Partei heißt es unter anderem: „Im Namen des Bundespartei Vorstandes übermitteln wir Dir zu Deinem 80. Geburtstag unsere herzlichsten Glückwünsche. Und möchten Dir bei dieser Gelegenheit auch einmal mehr sagen, wie sehr wir Deine Verdienste um unsere Bewegung schätzen. Du hast in den Jahrzehnten Deiner Tätigkeit bei der „Arbeiter-Zeitung“ ebenso wie als Historiker der österreichischen Arbeiterbewegung sehr viel zu den Erfolgen der Partei beigetragen, die wir gerade in diesen Jahren verzeichnen dürfen.“

In den schweren Zeiten des grün-weißen und des braunen Faschismus hast Du Dich in Österreich und in der Emigration zum demokratischen Sozialismus bekannt und hast dieser Idee mit der Feder und dem Worte in hervorragender Weise gedient. Dafür wollen wir Dir an Deinem Ehrentag danken...“

Die sozialistischen Freiheitskämpfer schließen sich den Glückwünschen für Genossen Jacques Hannak herzlich an.

Das Vermächtnis der Februaropfer erfüllen. Vor dem Mahnmahl für die Opfer des Freiheitskampfes auf dem Wiener Zentralfriedhof legten am Samstag, dem 12. Februar 1972, der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und die SPÖ

einen Kranz nieder. Ein vom Fahnenblock geführter Zug von mehr als 600 Genossinnen und Genossen marschierte schweigend zu dieser Gedenkstätte und hielt auf dem Weg dorthin auch kurz vor der Gruft der Bundespräsidenten an. Genossin Rosa Jochmann und die Genossen Fritz Marsch und Otto Probst nahmen gemeinsam die Kranzniederlegung vor dem Mahnmahl vor. Auch die Genossen Anton Benya, Rudolf Häuser und Felix Slavik nahmen an der Kundgebung teil.

Mit einer kurzen Ansprache wandte sich namens des Bundesvorstandes der Freiheitskämpfer Josef Hindels an die Teilnehmer der Gedenkkundgebung. Auch jetzt, da die SPÖ zum ersten Male die absolute Mehrheit in Österreich errungen hat, müssen die Sozialisten an der Erfüllung des Vermächtnisses der Februaropfer weiterarbeiten. Das bedeutet auch im Hinblick auf die Diskussion über die Standortbestimmung der SPÖ das unbeirrbar Festhalten an den Grundsätzen und der Treue zur sozialistischen Idee.

\*

**Eifler-Runde.** Am 11. März 1972 veranstaltete die Eifler-Runde im Bunde der sozialistischen Freiheitskämpfer eine Feier im Favoritner Arbeiterheim, um ihr 25jähriges Bestandsjubiläum festlich zu begehen.

Der Arbeitersängerchor Favoriten unter der Leitung des Chormeisters König eröffnete die Feier mit zwei Kampfliedern. Dann begrüßte Obmann Genosse Karl Wolf die erschienenen Festgäste: Den früheren Bürgermeister Genossen Bruno Marek, die Genossin Rosa Jochmann, die Genossen Haas, Lackner, Swatosch, Weber, Widmayer, Winkler und viele Vertreter aus den Bezirken. Die Genossinnen Muhr und Seda sowie Genosse Czettel hatten herzliche Freundschaftsgrüße gesendet und sich entschuldigt, weil sie infolge von Jahreskonferenzen an der Teilnahme an unserer Feier verhindert waren.

Nach einem Gesangsvortrag der Arbeitersänger ergriff Genosse Bruno Marek das Wort zu seiner Festrede.\*

Die Anwesenden folgten gespannt den Ausführungen des Redners, und als Genosse Marek schloß, sagte Genosse Wolf, nachdem der begeisterte Beifall verklungen war: „Das war Genosse Alexander Eifler, der Kampfgefährte, dessen Namen wir unserer Runde gegeben haben. Wir werden voller Stolz und Ehrfurcht in seinem Sinne unsere Aufgabe zu erfüllen trachten.“

Und er dankte unserem Genossen Marek nochmals namens aller Anwesenden. Die Feierstunde wurde durch ein anschließendes Beisammensein erst zu später Nachtstunde beendet.

## Die Bezirke berichten:

### Wieden

**Paul Bernstein — Regierungsrat.** Unserem Zweiten Obmann, dem Genossen Paul Bernstein, wurde in Anerkennung seiner besonderen Verdienste der Titel Regierungsrat verliehen. Die Genossinnen und Genossen der Bezirksgruppe Wieden gratulieren ihrem Obmannstellvertreter sehr herzlich zu dieser Auszeichnung und wünschen ihm bei seiner Tätigkeit im Sozialministerium noch mehr Erfolge als schon bisher. „Freundschaft!“

\*

**Josef Geiringer — 80 Jahre.** Am 29. Februar 1972 feierte unser langjähriges Mitglied Genosse Josef Geiringer bei bester Rüstigkeit seinen 80. Geburtstag. Genosse Geiringer ist seit Gründung unseres Bundes ein treues Mitglied, und wir sozialistische Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus wünschen unserem lieben Genossen nochmals alles Gute! Viel Gesundheit, und möge er mit uns noch viele schöne und frohe Jahre genießen. Freundschaft!

\*

**Mitgliederversammlung.** Die Bezirksgruppe Wieden hielt am 5. Februar 1972 um 15 Uhr im Parteihaus, Wiedner Hauptstraße 60 B, eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab, die Bezirksobmann Genosse Franz Marksz eröffnete. Er begrüßte die vielen Genossinnen und Genossen und die Referentin Genossin Dr. Ella Lingens. Sie brachte einen Bericht vom Prozeß gegen Walter Dejaco und Karl Ertl, die am Bau der vier großen Krematorien und Gaskammern des Vernichtungslagers Auschwitz maßgeblich beteiligt waren. Genossin Lingens war bei diesem Prozeß auch als Zeugin geladen und sprach auch von ihren Erlebnissen in Auschwitz.

Nachher sprach Genosse Paul Bernstein zum Opferfürsorgegesetz.

Anschließend wurden 19 Genossinnen und Genossen mit dem Goldenen Abzeichen geehrt. Genosse Franz Marksz rief die Genossinnen und Genossen auf, und Genosse Paul Bernstein überreichte im Namen des Bundesvorstandes das ihnen verliehene Goldene Abzeichen.

Zuletzt bedankte sich Genosse Franz Marksz bei den Genossinnen und Genossen für ihr zahlreiches Erscheinen und schloß mit „Freundschaft!“ die Versammlung.

\*

**Jeanette Grünwald †.** Die Bezirksgruppe Wieden des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus betrauert den Verlust ihres langjährigen Mitgliedes Genossin Jeanette Grünwald, die am Dienstag, dem 15. Februar 1972, im 64. Lebensjahr von uns gegangen ist. Die Trauerfeier für unsere liebe Tote fand am Dienstag, dem 22. Februar 1972, in der Feuerhalle Wien-Simmering statt, an der viele Genossinnen und Genossen teilgenommen haben.

\* Vgl.: a. a. O., S. 12.

Genossin Jeanette Grünwald war schon sehr jung zur Partei gekommen und hatte ihre Jugend in Favoriten verbracht. Sie war Trägerin des Goldenen Parteiabzeichens und viele Jahre Mitglied unserer Bezirksgruppe. So wie viele andere mußte unsere Jeanette Grünwald in die Emigration gehen. Nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft kehrte sie in ihre geliebte Heimat zurück und machte sich beim Wiederaufbau der Partei sofort wieder an die Arbeit.

Unser Bezirksobmann Genosse Franz Marks hielt einen tiefempfundenen Nachruf und schloß mit den Worten: „Liebe Jeanette, im Namen unserer Bezirksgruppe Wieden sage ich dir noch ein letztes Mal Freundschaft; wir werden dich niemals vergessen!“

## Favoriten

**Feierstunde zum 12. Februar.** Am Donnerstag, dem 10. Februar 1972, veranstaltete unserer Bezirksgruppe zum Gedenken an den 12. Februar 1934 eine Feierstunde im großen Gartensaal des Favoritner Arbeiterheimes. Um 19 Uhr begrüßte Genosse Hans Schiller die erschienenen Genossinnen und Genossen sowie den Arbeitersängerbund Favoriten. Er teilte mit, daß sich Genossin Hertha Firnberg und Genosse Josef Deutsch entschuldigt haben. Etwa 250 Genossinnen und Genossen waren gekommen. Den Begrüßungsworten folgten Vorträge des Arbeitersängerbundes. Dann begann Genosse Hans Schiller seine Worte des Gedenkens zu den Ereignissen des 12. Februar 1934 mit einem Rückblick auf die vergangenen 100 Jahre Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Vom Beginn der ersten Anfänge, als der Einiger der österreichischen Arbeiterbewegung, unser unvergeßlicher Dr. Victor Adler, in den Ziegelwerken am Wienerberg das Los der Ziegelarbeiter zu verbessern begann bis zum ersten Weltkrieg war ein einziger Aufstieg. Es gab zwar immer wieder Versuche der Reaktion, diese Erfolge zu unterbinden, sie waren aber mehr oder weniger wirkungslos. Unsere Idee war stärker als alle Reaktionsversuche.

Im November 1918 war der Kampf der österreichischen Arbeiter durch die Gründung der Ersten Republik unter Dr. Karl Renner von Erfolg gekrönt. Die weitere Entwicklung war jedoch für alle tragisch. Auf die Regierung Doktor Renner folgte in der Zeit von 1920 bis 1934 keine sozialdemokratische Regierung mehr. Es kam zu Bankenkrachs und als Folge davon zur Massenarbeitslosigkeit, welche die Arbeiterschaft zermürbte. In jeder österreichischen Familie waren mehrere Angehörige arbeitslos, die Arbeitslosenunterstützungen wurden immer mehr gekürzt, die Aussteuerung folgte. Trotzdem war es der Partei möglich, ihre Aktivität immer mehr zu entfalten. Noch eine Wahl und wir hätten die Mehrheit errungen. Dies konnte die Reaktion nicht ertragen: Sie schlug zu. Im Jahre 1933 schaltete Dollfuß das Parlament aus, die „Arbeiter-Zeitung“ wurde unter Zensur gestellt, mit § 4 wurden unsere Versammlungen verboten, es durften nur Versammlungen mit geladenen Gästen abgehalten werden, man durchsuchte unsere Parteilokale und unsere Wohnungen nach Waffen, unsere Funktionäre wurden unter Polizeikontrolle gestellt. Schwarze und Grüne schworen den berühmten „Korneuburger Eid“. Es ist gemeinste Geschichtsfälschung und Verleumdung, wenn gesagt wurde, die Arbeiter hätten geputscht. Die Arbeiterbewegung hat nicht geputscht! In den österreichischen Staatsarchiven liegen Dokumente, die beweisen, daß Dollfuß mit dem Diktator und Faschisten Mussolini gepackt und bereits im Jahre 1934 von diesem den Auftrag erhalten hatte, die Sozialdemokratische Partei Österreichs aufzulösen. Dieses Dokument trägt das Datum Jänner 1934; der Putschist heißt demnach Dr. Dollfuß.

Die Opfer des Februar 1934 waren gewaltig. Es gab viele Tote und 1000 bis 1500 Verletzte. Aber sie starben und litten nicht vergebens. Sie haben der Welt ein Signal gegeben. Unsere Partei ist nicht kampfflos untergegangen. Aus dem Bericht eines Polizisten weiß man heute, wenn der Widerstand der Arbeiter noch 24 Stunden angedauert hätte, dann wäre die Polizei zusammengebrochen. Schon in den Kampftagen regten sich neue Ideen. Die Revolutionären Sozialisten mit der Parole „Wir kommen wieder“ waren vom Opferwillen und vom Mut junger Genossen getragen. Man hat unsere Idee nicht besiegen können; sie hat alles überlebt, Standgericht, KZ, Kerker, Reaktion. Die Opfer des Februar 1934 waren nicht vergebens.

Genosse Schiller zog einen Vergleich zum derzeit im Landesgericht laufenden Auschwitz-Prozeß. Was das für ärmliche Kreaturen sind, die dort auf der Anklagebank sitzen und

jetzt auf einmal von nichts gewußt haben möchten. Das ganze österreichische Volk hätte die Pflicht, der Toten und Verletzten des 12. Februar 1934 zu gedenken. Man muß die junge Generation aufklären und sie über alles unterrichten, damit sie mit den Alten gemeinsam rechtzeitig dem Gegner entgegentritt, wenn er versucht, die Grundfesten der Demokratie zu erschüttern. „In diesem Sinne werden wir am Samstag am Schweigemarsch zum Mahnmal teilnehmen“, sagte Genosse Schiller, „und mit diesem Gedanken wollen wir auch jetzt die Ehrung jener Genossinnen und Genossen vornehmen, denen der Bundesvorstand Goldene Abzeichen verliehen hat. Viele Auszeichnungen kann man erhalten und erkaufen; nicht aber das Goldene Abzeichen. Das muß man sich verdient haben, im Kampf gegen den Faschismus, ob grün oder braun. Diese Genossinnen und Genossen hielten der Partei und unserer sozialistischen Bewegung die Treue und verteidigten sie, als es keine Lorbeeren zu erringen gab, als es galt, seinen Kopf hinzuhalten.“ Dann überreichten die Genossen Rudolf Trimmel für den Bundesvorstand und Karl Milota für die Bezirksgruppe die vom Bundesvorstand verliehenen Goldenen Abzeichen an folgende Genossinnen und Genossen: Max Ehrenberger, Gertrude Flegel, Josef Freund, Gustav Fucik, Maria Guttmann, Alfred Hasenkopf, Johann Kaiser, Karl Koch, Franz Kratky, Otto Kummermann, Elfriede und Franz Lichtenberg, Vinzenz Macholda, Franz Matuschovsky, Hans Ofner, Josef Pecnik, Karl Petr, Thomas Pocta, Johann Sebesta, Franz Semrad, Karl Schäfer, Leopoldine Schleibs, Anton Schram, Josef Tluchor, Karl Urban, Anton Vlach, Josef Vlach, Stanislaus Waniak und Anna Zahradnik.

Nach der Verleihung der Goldenen Abzeichen ergriff Genosse Schiller wieder das Wort. Er sagte, wir sollten nie vergessen, daß der Kampf gegen den Faschismus nie zu Ende ist. Es gibt kein Recht, zu glauben, daß wir nicht wieder angegriffen werden können. Wir müssen die junge Generation lehren, daß es vor allem auch ihre Aufgabe ist, dem Faschismus sofort entgegenzutreten wo immer er auftritt und ihn wirksam zu bekämpfen.

Dann meldete sich Genosse Hans Ofner zu Wort und dankte im Namen aller für die Ehrung.

Danach ergriff Genosse Karl Milota das Wort und kritisierte die Teilnahmslosigkeit der Wiener Bevölkerung am Auschwitz-Prozeß. Er forderte alle auf, hinzugehen und zuzuhören. Nach den eindringlichen Worten des Genossen Milota gab es eine kurze Pause, dann wurde der Dokumentationsfilm „Die Stunde Null“ gezeigt. Dieser Film brachte uns die Zeit Victor Adlers und sein Wirken in den Wiener Ziegelwerken, die Gründung der Ersten und die Schrecken bis zur Gründung der Zweiten Republik wieder in Erinnerung. Genosse Hans Schiller sagte zum Abschluß, daß es bedauerlich sei, wenn ein so wertvoller und interessanter Film nicht im Fernsehen gezeigt werde. Wir werden diesen Film unseren Mitgliedern im Rahmen unserer Bildungsarbeit zeigen. Die Feierstunde endete um 21.30 Uhr.

## Simmering

**Franz Meyer †.** Unser Genosse Franz Meyer hat uns am 16. November 1971 für immer verlassen. Er war schon seit dem Jahre 1921 Mitglied unserer Partei und arbeitete in der Bezirksorganisation sehr aktiv mit. Er gehörte auch dem Republikanischen Schutzbund an, und wenn der Ruf an ihn ging, dann konnte man sich jederzeit auf ihn verlassen. Von seiner Hingabe an die Idee des Sozialismus und von seiner Mitarbeit innerhalb unserer Parteiorganisation geben die Auszeichnungen, die er besaß, ein sichtbares Zeichen: Er besaß unter anderem das Goldene Parteiabzeichen für 50jährige Mitgliedschaft, und er hatte auch das Goldene Abzeichen unseres Bundes erhalten. Die Bezirksgruppe und alle seine Kampfgenossen werden Franz Meyer stets ein ehrendes Andenken bewahren und seiner immer gedenken. Die unermüdete Arbeit für die Partei, die unser Genosse Franz Meyer auch in der Zweiten Republik geleistet hat, ist besonders anlässlich der Verleihung des Goldenen Abzeichens als beispielgebend hervorzuheben worden. „Niemand vergessen!“



die Partei, die unser Genosse Franz Meyer auch in der Zweiten Republik geleistet hat, ist besonders anlässlich der Verleihung des Goldenen Abzeichens als beispielgebend hervorzuheben worden. „Niemand vergessen!“

Wer stets und in allem  
nur immer auf Kompromisse bedacht ist,  
wird sich leicht auch selbst kompromittieren.

## Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet:

Paul Bernstein, Franz Blaha, Robert Blau, Josef Hindels, Rosa Jochmann, Ruth Lichtenberg, Karl Mach, Karl Marks, Rudolfine Muhr, Julius Philipp, Rudolf Trimmel.

## Rudolfsheim-Fünfhaus

**Jahresversammlung.** Die Jahresversammlung der Bezirksgruppe fand am Montag, dem 14. Februar 1972, um 19.30 Uhr im Arbeiterheim, 15, Hackengasse 13, statt. Nach dem Bericht des Obmannes, der ohne Debatte zur Kenntnis genommen wurde, erstattete Genosse Mistinger nachstehenden Wahlvorschlag für den Ausschuss:

1. Obmann: Genosse Rudolf Fiedler  
2. Obmann: Genosse Karl Holubek  
Kassier: Genossin Olga Seidenweg  
Fürsorgereferent: Die Genossen Hans Herz und Anton Matourek  
Schriftführer: Genosse Hans Herz  
Kontrolle: Die Genossen Leo Mistinger und Franz Graczoll  
Beisitzer: Genossin Hermes Lehmann  
Delegierte zur Landeshauptversammlung: Genossin Olga Seidenweg sowie die Genossen Rudolf Fiedler, Hans Herz und Anton Matourek

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Rudolf Fiedler und Anton Matourek

Der Wahlvorschlag wurde von der Versammlung, der auch Genosse Ing. Nedwed und Genosse Richter vom Bezirksvorstand beiwohnten, zur Kenntnis genommen und die vorstehend genannten Genossen wurden einstimmig gewählt.

Da die Jahresversammlung mit der Verleihung des Goldenen Abzeichens der Freiheitskämpfer für besonders verdiente Genossinnen und Genossen des Bezirkes verbunden war, ersuchte nun Genosse Fiedler den Obmann des Landesverbandes Wien, Genossen Blau, die Verleihung der Auszeichnung vorzunehmen. Genosse Blau schilderte in einer kurzen Rede, wieso überhaupt der Gedanke entstand, unsere Kämpfer mit einer sichtbaren Auszeichnung zu ehren. Genosse Fiedler begann dann mit der Verlesung, und Genosse Blau überreichte die Auszeichnung, wobei jedem ausgezeichneten Genossen auch der Dank der Bezirksgruppe und des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer ausgesprochen wurde. Mit dem Goldenen Abzeichen wurden folgende Freiheitskämpfer von Rudolfsheim-Fünfhaus ausgezeichnet: Genossin Olga Seidenweg sowie die Genossen Karl Holubek, Franz Kinkor, Leo Mistinger und Anton Matourek.

Anschließend hielt Genosse Blau ein Referat über aktuelle Probleme und über die 22. Novelle zum Opferfürsorgegesetz.

Mit einem herzlichen Dank an den Referenten und der Aufforderung an die Mitglieder, um die Gewinnung junger Genossen für den Bund bemüht zu sein, schloß Genosse Fiedler mit einem „Niemand vergessen“ um 20.45 Uhr die Jahresversammlung.

## Ottakring

**Jahresversammlung.** Die Bezirksgruppe führte ihre Jahresversammlung am 17. Februar 1972 durch. In seiner Eröffnung konnte Genosse Franz Linnert nicht nur die Anwesenden begrüßen, sondern auch den Referenten des Abends, Genossen Hubert Pfoch.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde einstimmig angenommen. Bei der Totenehrung — wir verloren in den letzten zwei Jahren zwölf Genossinnen und Genossen — wurde besonders unseres Genossen Johann Holub gedacht. Er war ein aktiver Schutzbündler, eines unserer Gründungsmitglieder und langjähriger Funktionär in der Bezirksgruppe. Dann folgte die Wahl des Wahlkomitees. Die Genossin Emma Leitmeier und die Genossen Johann Hezucky und Max Pleyl wurden einstimmig gewählt.

In seinem Bericht hob der Obmann Genosse Friedrich Eibicht besonders die Arbeit der Vertrauensleute hervor und bat, weiterhin im Sinne unseres Bundes zu wirken. Der Erfolg zeigte sich auch am 1. März 1970 und am 10. Oktober 1971.

An mehr als 80 Sprechtagen konnte durchschnittlich sechs bis acht Genossen mit Rat und Tat geholfen werden, und wo die Möglichkeiten des Genossen Linnert am Ende waren, da half immer noch die Zentrale in der Löwelstraße. Die Bezirksgruppe nahm an allen Veranstaltungen des Bundes teil: an der Fahrt nach Gmund mit zwölf Teilnehmern, an der Pilgerfahrt in die BRD, DDR und CSSR mit 16 Teilnehmern, an Kranzniederlegungen am Ottakringer Friedhof und beim Ottakringer Arbeiterheim, am Schweigemarsch und vielen anderen. Delegierte nahmen auch an der Bundeshauptversammlung teil, und die Arbeitstagung am 29./30. Jänner 1972 wurde von uns besucht. An 20 Obmännerbesprechungen in der Löwelstraße konnte die Zusammenarbeit noch vertieft werden. Genosse Eibicht erwähnte auch das Kreuznacher Abkommen und besprach die 22. Novelle zum Opferfürsorgegesetz.

Er appellierte an die Versammlung, die Werbung junger Genossinnen und Genossen als unterstützende Mitglieder

unseres Bundes noch zu verstärken, und dankte anschließend der Bezirksorganisation für die Unterstützung und den Sektionen IX und XXX für die Überlassung des Sektionslokales an jedem Donnerstag.

Den Kassabericht brachte Genosse Johann Segulin. Für die Kontrolle stellte Genosse Rudolf Grasgruber den Antrag auf Entlastung. Alle Berichte wurden ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Für das Wahlkomitee brachte Genosse Max Pleyl folgenden Vorschlag:

1. Obmann: Genosse Friedrich Eibicht  
2. Obmann: Genosse Franz Linnert  
Schriftführer: Genosse Gustav Hagner  
Kassier: Genosse Johann Segulin  
Kontrolle: Die Genossen Rudolf Grasgruber und Leopold Herzog jun.

Delegierte zur Bezirkskonferenz: Die Genossen Friedrich Eibicht und Leopold Herzog sen. Stellvertreter ist Genosse Gustav Hagner

Delegierter zum Bezirksausschuß: Genosse Franz Linnert

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Friedrich Eibicht, Gustav Hagner, Franz Linnert und Johann Segulin

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossen Friedrich Eibicht, Gustav Hagner, Franz Linnert, Johann Segulin und Leopold Herzog jun.

Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen, und Genosse Eibicht dankte im Namen der gewählten Genossen für das Vertrauen; er versprach, im Sinne unseres Bundes und unserer Partei nach besten Kräften weiterzuarbeiten.

In seinem nun folgenden Referat zeigte Stadtrat Genosse Hubert Pfoch nicht nur die Tatsache auf, daß die Kleinarbeit in der Partei der Garant für den Erfolg unserer Bewegung ist; es zeigt sich damit auch die Treue zur Idee, und das gilt für die Älteren ebenso wie für die junge Generation in der SPÖ. Als treffenden Vergleich brachte Genosse Pfoch den weltberühmten Roman von Hemingway „Der alte Mann und das Meer“, denn wenn wir Älteren uns mühen, in die Zukunft zu schauen, die Jungen haben sie fast greifbar vor sich. Nur eine gute Sache führt zum Erfolg.

Nach einer Analyse der Tagespolitik, im besonderen der Verteufelungstaktik der ÖVP, dankte der Referent für die Einladung und sicherte uns jede weitere Unterstützung zu. Starker Beifall dankte dem Referenten für seine Ausführungen.

Der Film „Stunde Null im November“ fand die ungeteilte Zustimmung aller Anwesenden. Das „Lied der Arbeit“ beendete dann die Versammlung.

## Hernals

**Wir trauern um Josef Cmejrek.** Am Mittwoch, dem 9. Februar 1972, ist unser lieber Genosse Josef Cmejrek — für uns alle „der Pepi“ — verstorben. Für seine zahlreichen Freunde, vor allem aber für die sozialistischen Freiheitskämpfer ist sein Tod ein schwerer Verlust, denn er war und blieb für alle, die ihn kannten, das Vorbild des verlässlichen, unerschütterlichen Vertrauensmannes der sozialistischen Bewegung, ein guter Freund, ein treuer, unerschrockener Kampfgefährte. Genosse Cmejrek gehörte unserem Bund seit seiner Gründung an, er war viele Jahre Obmann der Bezirksgruppe Innere Stadt und später ab 1963 bis zu seinem Ableben Obmannstellvertreter der Bezirksgruppe Hernals. Die Trauerfeier für ihn fand in der Feuerhalle des Ottakringer Friedhofs am Donnerstag, dem 17. Februar, um 15.30 Uhr statt. Eine sehr große Zahl von Freunden und Gesinnungsgenossen, darunter auch seine Gefährten während der illegalen Arbeit und während der Jahre im Konzentrationslager Buchenwald, nahmen an der Trauerfeier teil. Genosse Josef Veleta, Bezirksvorsteher und Obmann der Bezirksorganisation Hernals der SPÖ, würdigte im Namen der großen Trauergemeinde die Verdienste des Verstorbenen um die Partei und viele ihrer Nebenorganisationen. Genosse Robert Blau, Mitglied des Bundesvorstandes, Obmann des Landesverbandes Wien und Obmann der Bezirksgruppe Hernals unseres Bundes, schilderte in einem ergreifenden Nachruf das Leben und die Leiden unseres Genossen Josef Cmejrek:



Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Werte Trauergäste!

Wie so oft, müssen heute die sozialistischen Freiheitskämpfer an einer Bahre stehen und Abschied nehmen von einem der Ihren. Es ist für uns alle noch ganz unfaßbar, ja wir können es einfach nicht begreifen, daß unser lieber Freund und Kampfgefährte, Genosse Josef Cmejrek, nicht mehr unter uns ist.

Genosse Cmejrek war für uns alle „der Pepi“, und jeder schätzte diesen heiteren, lebensbejahenden Freund. Dabei hatte er es schon in früher Kindheit gar nicht leicht. Sein Vater, ein mährischer Glasschleifer, fand während einer militärischen Waffenübung den Tod, als Pepi zwei Jahre alt war.

**Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.**

Die Mutter blieb mit fünf Kindern zurück, mußte den kleinen Glasschleiferbetrieb verkaufen und mit schwersten Arbeiten das Brot für die Familie verdienen.

Da war es wahrlich kein Wunder, daß sie noch sehr jung sterben mußte, als Pepi gerade erst 17 Jahre alt war. Mit 18 Jahren mußte Pepi einrücken, und er machte den Ersten Weltkrieg an der italienischen Front mit.

Sofort nach Kriegsende begann er mit seiner politischen Arbeit. In dieser Zeit lernte er seine Hella kennen, und im Jahre 1922 heirateten sie, und ihr erstes bescheidenes Heim war eine Untermiete in Hernals. Wir alle wissen, wie sehr sich Pepi und Hella auf die Feier der Goldenen Hochzeit im Sommer dieses Jahres gefreut haben. Ein grausames Schicksal hat ihnen die Feier dieses Jubiläums verwehrt.

Für Pepi war es selbstverständlich, daß er zum Republikanische Schutzbund ging, und als im Jahre 1934 die grün-weiße Diktatur brutal auf die Arbeiter schiesse ließ, die Partei zertrümmert und verboten war, begann für Pepi und Hella die Zeit eines heroischen Kampfes für die Wiederherstellung der Demokratie, der Freiheit und des Humanismus. Die Wohnung in der Kärntner Straße wurde ein „Treff“ und eine Zuflucht für die revolutionären Sozialisten.

Pepi gehörte zu den engsten Mitarbeitern von Käthe und Otto Leichter. Er tarnte sich mit dem Namen „Blau“, und jeder Eingeweihte wußte damals, daß auf den „Pepi Blau“ ein Verlaß war.

Natürlich sperrten die Austrofaschisten den Pepi ein, aber auch ein Jahr Haft im Landesgericht konnte ihn keineswegs von seiner illegalen Arbeit abbringen.

Genosse Cmejrek war zweifellos von den Nazis als ein besonders wichtiger und prominenter Sozialdemokrat vorgemerkt, denn schon am 13. März 1938, um 5 Uhr früh, wurde er verhaftet und erst nach vier Monaten wieder entlassen. Aber Ende August 1939 wurde er neuerlich verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald transportiert. Volle sechs Jahre war Pepi in Buchenwald, aber er sprach nur selten über diese Zeit. Es gibt hier unter uns Haftgefährten, die mit ihm diese fürchterliche Zeit verbrachten und die es immer wieder bezeugen, welch beispielhafter Kamerad und treuer Sozialist Pepi in diesem Inferno gewesen ist.

Pepi hat diese schrecklichen Jahre ungebeugt überlebt, und er war für seine Gesinnungsfreunde eine große Stütze, weil er immer Lebensmut und Zuversicht ausstrahlte. Er wußte, daß eine liebevolle Gattin und zwei Kinder sich stündlich und täglich um ihn sorgten und voll Sehnsucht auf seine Heimkehr hofften und darauf warteten.

Endlich am 1. Juli 1945 war es dann soweit. Pepi stand vor der Tür einer durch Bomben in den letzten Kriegstagen beinahe gänzlich zerstörten Wohnung. Er war ausgemergelt und beinahe bis zum Skelett abgemagert; nur 46 Kilo wog er, aber seine Liebe zur Arbeiterbewegung brannte in seinem Herzen, und voll Tatkraft, ohne Haß- oder Rachegefühle, nahm er seine politische Arbeit wieder auf. Er hatte wichtige Funktionen, aber er blieb zeit lebens der einfache, treue und verlässliche sozialistische Vertrauensmann. Er neidete seinen vielen Gefährten aus den Jahren der beiden Faschismen, aber auch den anderen, nie ihren Aufstieg zu hohen und höchsten Funktionen und Ämtern. Er war und blieb bescheiden und zufrieden. Er wurde der 1. Obmann der Bezirksgruppe Innere Stadt des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus.

Als er im Jahre 1963 als junger Pensionist wieder in den 17. Bezirk zog, waren wir sehr froh, daß er sich der Bezirksgruppe Hernals des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus als Obmannstellvertreter und auch der Mietervereinigung Österreichs, Bezirksorganisation Hernals, in der gleichen Funktion zur Verfügung stellte. Bis zu seinem letzten Atemzug hat er diese Funktionen vorbildlich wahrgenommen, und wir werden ihn immer sehr schmerzlich vermissen.

Die Partei hat ihn durch die Verleihung der Victor-Adler-Plakette und der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer hat

ihn und seine Hella durch die Verleihung der Otto-Bauer-Plakette und der Goldenen Abzeichen geehrt und ausgezeichnet\*.

Unser tiefstes Mitgefühl wendet sich seiner treuen Weggefährtin, Dir, liebe Hella, zu.

Du hast in den Jahren des grünweißen und braunen Faschismus unerschütterlich an der Seite Deines Pepi gestanden, und Du hast während der langen KZ-Jahre Deines Pepi unermüdet Deine gefährliche illegale Arbeit fortgesetzt. Viele hast Du mit Unterstützungen versorgt, hast Botschaften und Warnungen überbracht, hast versteckt und hast geholfen. Viele Jahre mußt Du für Deine Familie sorgen und den Kindern den Vater ersetzen. Ein fürchterliches Unglück entriß Euch die so glücklich verheiratete Tochter und das Enkelkind. So hast Du unermesslich viel Schweres zu erdulden und zu ertragen gehabt und heute beweinen wir gemeinsam den Tod Deines, unseres Pepi.

Wohl das schönste Denkmal hat Genosse Otto Leichter in seinem Buch „Zwischen zwei Diktaturen“ dem lieben Pepi gesetzt, und ich will heute und hier den Pepi mit diesen wunderbaren Zeilen ehren:

„Josef Cmejrek, der Typus des kleinen, aber menschlich großen Mitarbeiters der Partei. Für ihn war es eine Selbstverständlichkeit, alles zu tun, was der Augenblick erforderte: Hilfe zu leisten für die Verfolgten, die versprengten Freunde und Genossen zu sammeln und zu aktivieren. Wenn Cmejrek oder andere seinesgleichen riefen, dann weckten sie Bereitschaft und Solidarität. Genossen dieses Schlages mißachteten die Gefahren, nahmen mit Mut und ungebrochener Zuversicht Haft, Einkommenseinbußen und den Verzicht auf ein ungestörtes, glückliches Familienleben auf sich.“

Cmejrek zahlte — wie viele andere — einen hohen Preis für seinen Idealismus. Er und seinesgleichen verkörperten die unwandelbare Treue zu dem, was Otto Bauer „Die Partei im historischen Sinn“ genannt hatte. Cmejrek ist einer der vielen Kämpfer. Menschen wie Otto Bauer und die Cmejrek haben auf ihre Weise ihrer Idee gedient. Vielleicht ist es gerade heute notwendig, es der neuen Generation, die von all dem kaum erfahren hat, bewußt werden zu lassen, welche Bedeutung Idealismus und Grundsatztreue für die sozialistische Bewegung erlangen können!“

Nach dieser Würdigung mit den Worten des Genossen Otto Leichter müssen wir Abschied nehmen von dem, was sterblich war an Genossen Josef Cmejrek.

Lieber Pepi, wir alle verneigen uns vor Deiner menschlichen Größe. Wir sagen Dir Dank für all das, was Du zeitlebens für die sozialistische Bewegung, für die Menschlichkeit, für die Freiheit und die Demokratie getan hast. Du warst uns stets ein leuchtendes Vorbild, und so versprechen Dir Deine Freunde im Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und in der Mietervereinigung Österreichs, daß wir so weiter arbeiten werden, wie Du es uns gezeigt hast. Wir werden Deiner Hella stets zur Seite stehen, und wir werden Dich wahrhaftig niemals vergessen.

Wir alle reichen Dir zum letzten Mal die Hand zum treuen Bunde, und wir grüßen Dich lieber Pepi, mit „Freundschaft!“

## Währing

**Rudolf Tesch †.** Wir erhielten erst jetzt die Nachricht vom Ableben unseres Genossen Rudolf Tesch, der seit Anfang der sechziger Jahre in unseren Reihen stand und ein eifriger Verfechter unserer Ideale war.

Selbst ein Opfer des Faschismus, den er kompromißlos bekämpfte, rühmen wir an dem verstorbenen Genossen seine beispielgebende Haltung in diesen vergangenen Zeiten; er ist ein Vorbild für die junge Generation, die nach uns den Kampf fortsetzen muß, um nicht wieder in faschistischer Barbarei, in KZ-Lagern und auf den Schlachtfeldern unterzugehen. Unsere Parole „Niemand vergessen!“ gilt auch für unseren verstorbenen Genossen, den wir ihn Ehren hochhalten werden.

## Döbling

**Jahresversammlung.** Unsere diesjährige Jahresversammlung fand am 19. Jänner 1972 statt. Genosse Johann Haas begrüßte die Anwesenden und schlug folgende Tagesordnung vor:

1. Begrüßung und Ehrung verdienter Mitglieder
2. Protokollverlesung
3. Wahl des Wahlkomitees
4. Bericht des Obmannes, des Kassiers, der Kontrolle
5. Neuwahl des Ausschusses
6. Referat
7. Allfälliges

Die Tagesordnung wurde von der Versammlung genehmigt. Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte der Obmann aller im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder. Es waren dies zwei Genossen und eine Genossin. Dann begrüßte er die Genossen Josef Hindels, Ing. Rudolf Trimmel und den Bezirkssekretär Genossen Richard Stockinger.

Genosse Hindels überbrachte die Grüße des Bezirksvorstandes. Dann fand die Ehrung von fünf Genossinnen und sechs Genossen statt, denen vom Bundesvorstand das Goldene Abzeichen verliehen worden war.

Da von der Protokollverlesung abgesehen worden war, folgte der Vorschlag für das Wahlkomitee. Die Genossen Josef Deim, Franz Cibulka und die Genossin Emilie Kupka wurden vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

Genosse Haas übergab hierauf den Vorsitz an Genossin Grete Ruthner und brachte den Bericht des Obmannes. Aus dem umfangreichen Tätigkeitsbericht seien die Kranzniederlegungen bei den Gedenktafeln im Karl-Marx-Hof und in

\* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Sondernummer, Juni 1971, S. 31.

## Das Mauthausen-Museum

Die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen sind zu folgenden Zeiten geöffnet:

- 16. Jänner bis 30. April: täglich von 8 bis 17 Uhr
- 1. Mai bis 30. September: täglich von 7.30 bis 17.30 Uhr
- 1. Oktober bis 15. Dezember: täglich von 8 bis 17 Uhr

Das Museum Mauthausen ist auch an Sonntagen und den gleichen Besuchszeiten allgemein zugänglich.

den nach den Genossen Klose, Rebec und Svoboda benannten Gemeindebauten sowie die Aktivität unserer jungen Mitglieder besonders hervorgehoben. Delegationen unserer Mitglieder besuchten die Gräber unserer gemordeten Genossen Viktor Klose, Ernst Rebec, Edwin Schuster und unseres am Galgen hingerichteten Genossen Emil Svoboda. Ferner haben wir am 11. Jänner 1971 im Haus der Begegnung anlässlich der Gedenkfahrt nach Amsterdam zum Anne-Frank-Haus ein Freundschaftstreffen veranstaltet, an dem die Bezirksgruppen Margareten und Fünfhaus sowie Obmänner der Wiener Bezirksgruppen teilnahmen. Es waren sehr viele Farbdias und ein Schmalfilm zu bewundern, und es wurde lebhaft bedauert, daß nicht alle Aufnahmen von dieser Reise gezeigt werden konnten.

Nach dem Bericht des Obmannes berichteten Genosse Nemschitz als Kassier über Einnahmen und Ausgaben der Bezirksgruppe und Genosse Peter Seda über die Arbeit des Jugendkomitees. Er hob besonders die gute Zusammenarbeit mit der Jungen Generation hervor.

Für die Kontrolle berichtete Genosse Pfündl, daß Kassa und Gebarung überprüft und in bester Ordnung befunden worden seien; er stellte den Antrag, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nun brachte anschließend Genosse Josef Deim als Obmann des Wahlkomitees die Vorschläge für den neuen Ausschuß:

- 1. Obmann: Genosse Johann Haas
- 2. Obmann: Genossin Grete Ruthner
- 3. Obmann: Genosse Peter Seda
- 1. Kassier: Genosse Ernst Nemschitz
- 2. Kassier: Genossin Anna Zachata
- 1. Schriftführer: Genosse Dr. Karl Leberl
- 2. Schriftführer: Genossin Irma Mraz
- Kontrolle: Die Genossen Gottfried Kupka und Friedrich Pfündl

Die Vorgeschlagenen wurden einstimmig gewählt.

Genosse Haas übernahm nun wieder den Vorsitz und dankte im Namen der Gewählten für das neuerliche Vertrauen. Er versicherte, daß er sich so wie bisher mit ganzer Kraft für die Interessen unserer Mitglieder einsetzen wolle. Er schloß mit der Bitte, ihn bei seiner Tätigkeit tatkräftig zu unterstützen.

Dann ersuchte Genosse Haas Genossen Dipl.-Ing. Rudolf Trimmel, sein Referat über die 22. Novelle zum Opferfürsorgegesetz und die Freiheitskämpfer in der Gegenwart zu beginnen. Genosse Trimmel erläuterte einzelne Punkte der neuen Novelle, die nun schon dem Nationalrat zur Beschlußfassung vorliegt und die viele Erleichterungen bringen wird. Aber auch diese Novelle läßt noch manche Wünsche unerfüllt, die freilich nur mehr einen kleinen Personenkreis betreffen.

Der Freiheitskampf in der Gegenwart könne nur geführt werden, wenn die Jugend die Gefahren erkennt und in unseren Reihen für Demokratie, Menschlichkeit und ein Leben ohne Gewalt kämpft. Wir brauchen die Jugend, und die Jugend braucht die ältere Generation, welche die Erfahrungen aus der Vergangenheit den nach uns kommenden jungen Sozialisten vermitteln will, damit der Jugend jener furchtbare Leidensweg erspart bleibt, den die älteren Genossen mitmachen mußten. Der Redner betonte abschließend, daß die Freiheitskämpfer in der Gegenwart ebenso wichtig seien wie damals in den vergangenen Tagen.

Nach dem Referat des Genossen Trimmel beschäftigten sich die Diskussionsredner Genossin Magaziner und Genosse Stockinger mit der ideologischen Diskussion in der Partei, Genosse Deim mit dem zur Zeit stattfindenden Auschwitz-Prozeß, die Genossen Kreisli, Humbs, Lehner und Kupka mit der Situation im Jahre 1933 und 1934. Es war eine sehr aufschlußreiche Diskussion, die zeigte, daß die Döblinger Freiheitskämpfer den Geist der Kämpfer des Karl-Marx-Hofes wachhalten und sich sehr aktiv für die Zukunft unserer sozialistischen Ziele einsetzen.

Mit dem „Lied der Arbeit“ wurde die Versammlung um 21.30 Uhr geschlossen.

\*

**Franziska Blum †.** Wir haben unsere Genossin Franziska Blum schon im Dezember 1971 durch den Tod verloren, eine Kampf- und Leidensgefährtin, die auch in den schwersten Jahren der Arbeiterbewegung stets treu zu unserer Idee stand. Ihr Gatte war im KZ Auschwitz nach schweren Mißhandlungen zugrunde gegangen.

Wir erfuhren von ihrem Tod erst nach der Beisetzung, und die Bezirksgruppe bedauert sehr, daß wir unserer Genossin Franziska Blum nicht auf ihrem letzten Weg das Geleit geben konnten. Wir werden unserer Kampfgefährtin stets ein treues Andenken bewahren — „Niemals vergessen!“

\*

**Fritz Fischer †.** Ein harter Schlag hat uns getroffen; unser Fritz Fischer ist nach kurzer schwerer Krankheit am 21. Jänner 1972 im Alter von 70 Jahren gestorben. Es ist nicht nur unsere Freundschaft, sondern ein echtes Herzensbedürfnis, dem treuen Toten unseren Dank für sein Wirken abzustatten. Fritz Fischer gehörte seit seiner frühesten Jugend der sozialistischen Bewegung an. Bereits 1914 trat er der SAJ und der Freien Gewerkschaft bei; er war damals bei Gräf & Stift als Dreherlehrling tätig und gehörte der Jugendgruppe an.

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie im Jahre 1918 war Fritz in seiner Sektion als Vertrauensmann tätig. In späterer Folge wurde er in den Arbeiterrat gewählt, schloß sich der neu gegründeten Ordnerorganisation an und war 1923 in den Reihen des Republikanischen Schutzbundes zu finden.

Als der Schutzbund im Jahre 1933 verboten wurde, blieb Fritz seinem Gelöbniß treu! Am 12. Februar 1934, als die Dollfuß-Diktatur Demokratie und Freiheit zu zerstören begann, kam auch Fischer herbeigeeilt; er bewaffnete sich in seiner

Sammelstelle und beteiligte sich am Kampf. Nachdem der Karl-Marx-Hof aufgegeben worden war, fand unser Genosse Fischer Anschluß an eine Schutzbundgruppe der Eisenbahner des Bahnhofes Heiligenstadt, wo er bis zu seiner Verhaftung ausharrte. Nach der Haftentlassung war Fritz aktives Mitglied der revolutionären Sozialisten, und er beteiligte sich hervorragend an der illegalen Arbeit in Döbling.

Die Trauerfeier für Fritz Fischer fand am 1. Februar 1972 in der Feuerhalle Simmering unter Teilnahme seiner Freunde und vieler Kampfgefährten statt. Der geschäftsführende Obmann der Bezirksorganisation Genosse Walter Hofstätter schilderte das von Kämpfen und Entbehrungen erfüllte Leben Fischers, das zugleich auch jenes der gesamten Arbeiterbewegung widerspiegeln, und richtete herzliche Worte des Dankes an unseren Toten und seine Hinterbliebenen. Möge diese Anerkennung ein bescheidener Trost in ihrem großen Leid sein.

Am 4. Februar 1972 versammelte sich eine große Anzahl von Freiheitskämpfern und Freunden im Sieveringer Friedhof, um Fritz Fischer das letzte Geleit zu geben. Bezirkssekretär Genosse Richard Stockinger hielt einen tiefempfundnen Nachruf und hob den Opfermut des Dahingeschiedenen für die sozialistische Bewegung hervor. Genosse Johann Haas legte am Grabe des treuen Kämpfers ein Blumengebilde nieder, dessen Schleife die mahnenden Worte „Niemals vergessen“ trug.

\*

**Josefine Hartner †.** Ergriffen standen wir am 22. Februar 1972 an der Bahre unserer lieben Genossin Josefine Hartner, um für immer von ihr Abschied zu nehmen. Mit ihr verlieren die Bezirksorganisation und die Freiheitskämpfer Döblings eine treue und mutige Kämpferin aus der Zeit des grünen und des braunen Faschismus.

Im Jahre 1911 trat sie der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei und wurde Sprengelkassierin. Während des Ersten Weltkrieges mußte sie ihre Parteitätigkeit einstellen. Als aber die österreichisch-ungarische Monarchie im Jahre 1918 zusammenbrach, da war ihr erster Weg wieder zu ihrer Sektion, um am Aufbau der Partei mitzuarbeiten. Gleichzeitig wurde unsere Genossin Hartner wieder Mitarbeiterin und Mitglied der Arbeiter-Turner und der Freidenker. Im Jahre 1934, als die damaligen austrofaschistischen Machthaber die Demokratie und die Republik zu zerstören begannen, da war Josefine Hartner in den Reihen der revolutionären Sozialisten zu finden; im Gebiet von Klosterneuburg leistete sie in den vordersten Reihen wertvolle illegale Arbeit. Anlässlich der 500-Jahr-Feier Klosterneuburgs im Jahre 1936 wurde unsere Genossin in Haft genommen, doch durch ihre kluge Verantwortung wurde sie wieder auf freien Fuß gesetzt. Unserer Pepi war keine Arbeit zu schwer; sie scheute auch keine Reise außerhalb Niederösterreichs, um Material und Weisungen entgegenzunehmen.

Als 1945 nach dem furchtbaren Krieg der Nationalsozialismus zusammenbrach, da war unsere Pepi wieder einmal mit dabei, die neue Partei aufbauen zu helfen. Und als unsere Kampfgefährtin im Jahre 1945 nach Döbling übersiedelte, da arbeitete sie — wie wäre es anders möglich — in ihrer neuen Sektion und insbesondere in unserer Bezirksgruppe mit. Ihr Leben galt dem Kampf um eine bessere Zukunft; nie mehr sollte die Barbarei über die Menschlichkeit siegen können.

Genossin Josefine Hartner wurde mit dem Goldenen Parteiabzeichen und der höchsten Auszeichnung, die die Partei zu vergeben hat, der Victor-Adler-Plakette, geehrt. Für ihre besonderen Dienste im Freiheitskampf von 1934 bis 1945 erhielt sie am 12. November 1971, dem Tag der Republik, vom Bundesvorstand der Sozialistischen Freiheitskämpfer das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden unsere Genossin Josefine Hartner „Niemals vergessen!“

## Floridsdorf

**Kranzniederlegung am 12. Februar 1972.** Der Bezirksvorstand der SPÖ Floridsdorf und die sozialistischen Freiheitskämpfer legten am Samstag, dem 12. Februar 1972, einen Kranz am Mahnmahl des Genossen Georg Weissel nieder und gedachten in einer schlichten Feier aller Opfer aus den Februartagen des Jahres 1934.

## Liesing

**Karl Czezka †.** Am Dienstag, dem 25. Jänner 1972, verstarb nach kurzem schwerem Leiden unser ältestes Mitglied Genosse Karl Czezka im 89. Lebensjahr.



Mit ihm verliert die Bezirksgruppe unseres Bundes einen treuen und aufrechten Kämpfer für die Rechte der arbeitenden Menschen; auch er wollte, daß es den Jungen einmal besser gehen sollte als seiner Generation.

Er war einer derjenigen Sozialisten, die nicht einen Moment zögerten, für die Freiheit zu kämpfen und dafür Opfer auf sich zu nehmen. Im Jänner 1943 wurde er von der Gestapo verhaftet und nach seiner „Verurteilung“ in das Zuchthaus Straubing, später in die Zuchthäuser Amberg und Bayreuth gebracht. Erst im April 1945 schlug auch für ihn die Stunde der Befreiung, und er kehrte in die Heimat zurück. Seine Freunde, und alle, die ihn kannten, werden ihm immer ein ehrendes Gedenken bewahren. „Niemals vergessen!“

## Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes Wien 1, Saltzorgasse 6

### Besuchszeiten:

**Montag: 14 bis 18 Uhr**  
**Donnerstag: 8 bis 12 Uhr**  
**Samstag: 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr**  
**Sonntag: 9 bis 12 Uhr**

## Aus den Landesorganisationen

### Niederösterreich

**Landeshauptversammlung.** Mit einem Gedicht der Genossin Käthe Leichter, die vor 30 Jahren in der Gaskammer starb, wurde am 11. März 1972 die diesjährige Landeshauptversammlung eingeleitet. Landesverbandsobmann Genosse Leo Lesjak konnte viele Gäste begrüßen: Genossen Dr. Bruno Pittermann und den Landessekretär Genossen Schramek, als Vertreterin des Bundesvorstandes Genossin Frieda Nödl, für den Landesverband Wien Genossen Schlesinger, für den Landesverband Burgenland die Genossen Parisi und Billes, für die Sozialistische Jugend Niederösterreich den Landesobmannstellvertreter Genossen Holzer sowie Genossen Franz Pfaller, den Bruder des seinerzeitigen Landesobmannes Josef Pfaller.

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachten die Delegierten der verstorbenen Mitglieder. In den beiden letzten Jahren wurden uns 43 Genossinnen und Genossen durch den Tod entrissen. Stellvertretend für alle wurde besonders der Genosse Josef Deutsch (Mödling), Karl Plinger (Amstetten), Hans Wimmer (Spillern, Bezirk Korneuburg), Alois Rotter (Wiener Neustadt) und Urban Kuhs (Melk) gedacht.

Nach den Begrüßungsworten der Gäste sprach der Präsident der Sozialistischen Internationalen, Genosse Pittermann, über das Thema „Die Sozialdemokratie einst und jetzt“. In seinen Ausführungen stellte er fest, daß wir nach wie vor zu unserem Programm vom Jahre 1958 stehen. Auf die Ideologie kann nicht verzichtet werden.

Im Bericht über die Tätigkeit des Landesverbandes hob Landesobmann Genosse Leo Lesjak hervor, daß in den Berichtszeitraum auch die Errichtung des Mahnmals in Gmünd fällt und daß an den Fahrten zu den Gedenkstätten in Holland, Deutschland und der Tschechoslowakei zahlreiche Mitglieder aus Niederösterreich teilgenommen haben.

Die Arbeit des Landesverbandes wurde in sieben Landesvorstandssitzungen vorbereitet. Obwohl der Kreis der Besitzer von Opferausweisen und Amtsbescheinigungen ständig kleiner wird, nimmt die Anzahl der Interventionen nicht ab. Etwa 90 Genossinnen und Genossen erhielten dank der Intervention unsere Funktionäre Unterstützungen.

Sowohl der Bericht des Landesobmannes als auch der Bericht des Landeskasstiers Genossen Ewald Deutsch wurden zur Kenntnis genommen.

In der darauffolgenden Wahl des Landesvorstandes wurden folgende Genossinnen und Genossen gewählt:

Landesobmann:	Genosse Leo Lesjak
Obmannstellvertreter:	Genosse Erwin Schramm (Wiener Neustadt) Genosse Josef Rohata (Mödling) Genosse Rudolf Winter (Baden)
1. Kassier:	Genosse Ewald Deutsch (Mödling)
2. Kassier:	Genosse Franz Slovacek (Baden)
1. Schriftführer:	Genosse Hans Seitel (Schwechat)
2. Schriftführer:	Genosse Rudolf Pessenlehner (Schwechat)
Kontrolle:	Die Genossen Josef Wondrak (Stockerau), Karl Heller (Schrems), Otto Kusmits (Wiener Neustadt) und Franz Rameis (Waidhofen an der Ybbs).
Beisitzer:	Die Genossen Florian Aichberger (Neunkirchen), Ferdinand Kostal (Hainfeld), Franz Novak (Wiener Neustadt), Josef Peizinger (Neunkirchen), Johann Schmid (Wilhelmsburg), Franz Sumaric (Stockerau) und Ernst Winkler.
Junge Generation:	Die Genossen Ferdinand Drnec (Wiener Neustadt), Fritz Jirowetz (Traiskirchen) und Wilhelm Trumler (Baden).

Bezirksobmänner, die zu den Vorstandssitzungen eingeladen werden:

Gänserndorf:	Genosse Karl Gsching (Deutsch Wagram)
Hollabrunn:	Genosse Leopold Eder (Ravelsbach)
Klosterneuburg:	Genossin Irma Erber (Klosterneuburg)
Krems:	Genosse Karl Fackler (Krems)
Neunkirchen:	Genosse Hermann Kadlez (Ternitz)
Scheibbs:	Genosse Alfred Schwaiger (Scheibbs)
Waidhofen:	Genossin Grete Flieger (Waidhofen/Thaya)

In einem Kurzreferat über „Die geschichtliche Entwicklung des 1. Mai“ hob dann Genosse Ernst Winkler die Bedeutung dieses größten Festtages der Arbeiterbewegung im Wandel der Zeiten hervor.

Im Rahmen der Landeshauptversammlung wurde den langjährigen Funktionären, unseren Genossen Karl Fackler

(Krems) und Franz Novak (Wiener Neustadt), das Goldene Abzeichen des Bundes überreicht.

Besonders ergreifend war dann die Überreichung einer Figurengruppe an den Landesverband durch Genossen Franz Pfaller. Diese Figuren, ein Trachtenpaar darstellend, wurden im Lager Wöllersdorf von unserem Genossen Josef Pfaller, dem ehemaligen niederösterreichischen Landespartei sekretär, aus gekautem Brot angefertigt.

Landesverbandsobmann Genosse Leo Lesjak schloß die Landeshauptversammlung mit dem Hinweis, daß nur durch den Einsatz und den Opfermut kämpferischer Sozialisten die Partei im Jahre 1945 wiedererstanden konnte. Heute ist die Sozialistische Partei stärker denn je; gerade das aber hindert jedoch den Bund jetzt und künftig nicht, selbst auf die kleinste Gefahr für unsere Bewegung hinzuweisen. Wir fühlen uns nach wie vor verpflichtet, zu warnen und zu mahnen. Denn unser hartes Schicksal soll künftigen Generationen erspart bleiben.

\*

**Amstetten. Jahresversammlung.** In der Jahresversammlung am 8. Jänner 1972 wurden folgende Genossen in den Bezirksgruppenausschuß gewählt:

1. Obmann:	Genosse Franz Rameis (3340 Waidhofen/Ybbs)
2. Obmann:	Genosse Alois Grasmugg (3340 Waidhofen/Ybbs)
1. Kassier:	Genosse Alois Deibler (3362 Mauer)
2. Kassier:	Genosse Anton Nemetz (4300 St. Valentin)
1. Schriftführer:	Genosse Johann Hochstöger (3331 Hilm)
2. Schriftführer:	Genosse Alois Mitter (3332 Rosenau/Sonntagsberg)
Kontrolle:	Die Genossen Heinrich Wallner (3300 Amstetten) und Georg Massutti (4300 St. Valentin)

Postsendungen sind an Genossin Margarete Horwatz, 3300 Amstetten, Ardagger Straße 28, zu richten.

\*

**Korneuburg — Stockerau. Mitgliederversammlung.** Die Bezirksgruppe Korneuburg hielt am 11. Dezember 1971 im Volkshaus Stockerau eine Mitgliederversammlung ab, zu der Genossin Muhr vom Bundesvorstand als Referentin, Landesobmann Genosse Lesjak, Landeskasstier Genosse Deutsch sowie als Gäste Bürgermeister Genosse Blabolil und SPÖ-Bezirkssekretär Genosse Wagner erschienen waren.

Genossin Muhr überbrachte der Versammlung die Grüße des Bundesvorstandes und Genosse Lesjak die des Landesverbandes Niederösterreich. Genosse Lesjak gedachte auch in ehrenden Worten, die von der Versammlung stehend angehört wurden, der in diesem Jahre Verstorbenen, unseres Obmannes Genossen Josef Wimmer und unserer Genossin Marie Loibl.

Dann berichteten Obmann-Stellvertreter Genosse Sumarič über die Tätigkeit und unser Kassier, Genossin Czak, über die Kassengebarung der Bezirksgruppe; beide Berichte wurden einstimmig zur Kenntnis genommen. Um die durch den Tod

## Österreichisches Dokumentationsarchiv der Widerstandsbewegung

**Die Benützung der Bestände des Österreichischen Dokumentationsarchivs der Widerstandsbewegung,**

**Altes Rathaus, Wien 1, Wipplingerstraße 8,**

**ist jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag in der Zeit von 8 bis 17 Uhr möglich.**

**Im Lesesaal stehen Akten und Dokumente (Katalog 1 und Katalog 2) sowie Photos und Bücher aus der Bibliothek des Archivs nach Maßgabe der Archiv-Ordnung für jedermann zur Verfügung.**

**Ein Verleih außerhalb der Räumlichkeiten des Archivs ist allerdings ausgeschlossen; dagegen werden Photokopien gegen Ersatz der Selbstkosten auf Wunsch angefertigt.**

**Das Österreichische Dokumentationsarchiv der Widerstandsbewegung ist auch telefonisch unter der Nr. 63 07 31/ Klappe 333 oder 322 (Durchwahl) zu erreichen.**

unseres unvergessenen bisherigen Obmannes Genossen Wimmer entstandene Lücke zu schließen, wurde über Vorschlag aus dem Plenum Altbürgermeister und Landtags-Vizepräsident Genosse Josef Wondrak einstimmig zum Obmann der Bezirksgruppe gewählt.

In ihrem darauffolgenden Referat sprach Genossin Rudolfine Muhr über die Aufgaben und Ziele des Bundes der Freiheitskämpfer auch in der heutigen Zeit. Sie betonte dabei unter Anführung einiger Beispielsfälle die Wichtigkeit des Kampfes gegen Faschismus und faschistoide Tendenzen sowie die Notwendigkeit der Fortführung dieses Kampfes auf breiter Basis, einer Aufgabe, die in Anbetracht der gegebenen Struktur unseres Bundes jedoch nur unter Heranziehung der jüngeren und jungen Parteimitglieder möglich sei. Um diese Parteimitglieder dafür zu interessieren und zu gewinnen, ist deren umfassende und eingehende Unterrichtung über die Geschehnisse in jenen tragischen Jahren beider Faschismen

erforderlich, wozu wir auch die Unterstützung der Partei anrufen.

Für die interessanten und einprägsamen Ausführungen dankten die Versammelten unserer Genossin Muhr mit lebhaftem Beifall.

Obmann Genosse Wondrak skizzierte hierauf in Umrissen die nächsten Arbeiten der Bezirksgruppe und schloß dann die Versammlung mit einem herzlichen „Freundschaft!“.

## Oberösterreich

**Hans Kirchschräger †.** Landesobmann-Stellvertreter Genosse Hans Kirchschräger ist am 6. Jänner 1972 nach einem sehr arbeitsreichen Leben überraschend schnell von uns gegangen.



Genosse Kirchschräger war seit mehr als 15 Jahren aktiv in unseren Reihen tätig. Bis zum Jahre 1970 vertrat er unseren Bund im Landes-Opferbeirat und in dieser Eigenschaft konnte er vielen Mitgliedern helfen. In den Reihen der Eisenbahner, deren Vertrauensmann er seit frühesten Jugend war, hat sich Genosse Kirchschräger einen unvergänglichen Namen geschaffen. Aber auch in der Stadtgemeinde Linz, deren Gemeinderat Kirchschräger zwei Funktionsperioden hindurch angehört hat, war er ein fleißiger und tätiger Funktionär. Daß unser Genosse Kirchschräger viele Freunde hatte, das wurde durch die zahlreiche Trauergemeinde bekundet, die an seiner Verabschiedung am Mittwoch, dem 12. Jänner 1972, in den Linzer Urnenhain gekommen war.

Wir alle neigen uns in Trauer vor unserem treuen Freund und Mitstreiter und hoffen, daß er ein Vorbild für unsere Jugend bleiben möge. Wir werden unseren Hans Kirchschräger „Niemals vergessen!“.

## Salzburg

**Landeshauptversammlung.** Am 12. Februar 1972 fand im SPO-Heim, Elisabethvorstadt, die diesjährige Landeshauptversammlung des Landesverbandes Salzburg statt.

Im Gedenken an die Opfer des Freiheitskampfes im Februar 1934 legte der Landesparteiobmann Genosse Karl Steinocher um 9 Uhr vor dem Mahnmahl der Opfer für Freiheit und Menschenwürde auf dem Kommunalfriedhof einen Kranz nieder. Genosse Steinocher wurde von den Vorstandsmitgliedern unseres Landesverbandes, den Genossen Ferdinand Putz, Otto Seifried und Eduard Kittl, begleitet.

In der Landeshauptversammlung führte Obmannstellvertreter Genosse Otto Seifried den Vorsitz. Der nach einer schweren Operation wiedergenesene Landesobmann Genosse Ferdinand Putz wurde herzlich begrüßt. Dann begrüßte Genosse Otto Seifried die Genossen Karl Steinocher und Josef Brunauer sowie unsere Genossin Maria Emhart\*.

Vor Eingang in die Tagesordnung erhoben sich die Anwesenden von den Sitzen und gedachten in einer Trauermminute unserer verstorbenen Mitglieder, der Genossinnen Maria Hitzberger und Cilli Scholz sowie der Genossen Heinz Kraupner, Franz Planer, Emil Rieger und Franz Beinödler. Wir werden unseren Freunden stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

In seiner Begrüßungsansprache erinnerte Genosse Karl Steinocher an den „steinigen Weg“ vom Februar-Kampf des Jahres 1934 bis zum großen Wahlsieg am 10. Oktober 1971. Er dankte den sozialistischen Freiheitskämpfern für die Pionierarbeit, die sie geleistet haben, und betonte, daß ihr Mut und ihre Gesinnungstreue die Grundlage für den Wahlsieg des Jahres 1971 waren.

Die Berichte des Landesobmannstellvertreters Genossen Otto Seifried, des Kassiers Genossen Sepp Heuberger und die Berichte der Kontrolle wurden einstimmig angenommen. Auf Grund des Antrages der Kontrolle wurden dem Kassier und dem Landesvorstand die Entlastung erteilt. Den Berichten war zu entnehmen, daß die Betreuungstätigkeit für die Mitglieder in bewährter Weise fortgesetzt wurde. Es war wieder möglich, eine Reihe von Opfertürsorgeanträgen mit positiven Erledigungen abzuschließen.

Die Wahl in den Ausschuß des Landesverbandes brachte folgendes Ergebnis:

- |                   |   |
|-------------------|---|
| 1. Obmann:        | Genosse Ferdinand Putz  |
| 2. Obmann:        | Genosse Otto Seifried   |
| Kassier:          | Genosse Josef Heuberger   |
| Schriftführer:    | Genosse Eduard Kittl  |
| Kontrolle:        | Die Genossen Franz Fritzenwanker und Fritz Stöger.  |
| Bezirksvertreter: | Genosse Franz Fritzenwanker (Saalfelden)<br>Genosse Sepp Fuchs (Bischofshofen)<br>Genosse Hans Holleis (Badgastein) |

Über den Entwurf der 22. Opfertürsorgenovelle berichtete dann Genosse Eduard Kittl. In dieser Novelle sind bekanntlich eine Reihe von Verbesserungen für die Opfer und deren Hinterbliebenen vorgesehen\*\*, die im Kampf um ein freies und demokratisches Österreich gefallen sind.

In der Diskussion wurden Fragen der ärztlichen Begutachtung und die Antragstellung auf Heilfürsorge besprochen.

\* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 5/6, Mai/Juni 1971, S. 14.

\*\* Vgl.: a. a. O., S. 14.

## Steiermark

**Knittelfeld. Gratulation.** Genossin Maria Hergge, die Witwe nach dem in der NS-Zeit eingekerkerten und am 16. September 1967 verstorbenen Genossen Isidor Hergge, feierte am 20. Februar 1972 ihren 75. Geburtstag.

Die Jubilarin wurde von der Vertreterin des Bezirkes Knittelfeld des Landesverbandes Obersteier besucht, die ihr im Namen des Landesverbandes und des Bezirkes einen Geschenkkorb überreichte und die besten Glückwünsche für den weiteren Lebenslauf zum Ausdruck brachte.

\*

**Kapfenberg. Februarfeier.** Am 11. Februar 1972 wurde der schon traditionelle Schweigemarsch für unsere Februar-gefallenen durchgeführt, der mit der Kranzniederlegung auf dem Friedhof verbunden war. Es waren über hundert Genossinnen und Genossen, die an diesem Schweigemarsch teilnahmen. Vor dem Gedenkstein sprach der Obmann der Stadtorganisation unserer Partei Genosse Ing. Heinrich Scheibengraf tiefempfundene Worte des Gedenkens für die vielen Opfer, die in den Jahren des Faschismus um ihrer Idee und ihrer Überzeugung willen den Tod gefunden haben.

\*

**Kapfenberg. Jahresversammlung.** Am 27. Februar 1972 fand im Arbeiterheim die Jahresversammlung der Bezirksgruppe der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus statt. Genosse Jaritz als Bezirksobmann begrüßte die vielen Anwesenden, insbesondere unseren Landesobmann Genossen Lackner, unseren Landeskassier Genossen Zechner sowie den Sozialreferenten Genossen Mühlbacher. Genosse Jaritz schlug folgende Tagesordnung vor:

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Wahl des Wahlvorschlagskomitees
3. Berichte: a) Obmann, b) Kassier, c) Kontrolle
4. Bericht des Sozialreferenten Mühlbacher
5. Referat des Genossen Lackner
6. Neuwahl des Bezirksgruppenausschusses
7. Allfälliges

Vor Eingang in die Tagesordnung wurde der im Jahr verstorbenen Genossinnen und Genossen gedacht. Es sind dies die Genossinnen Marianne Pöttler, Maria Seidinger und Rosa Schöpf sowie die Genossen Max Benda, Ludwig Aschbacher, Leopold Fröhlich, Matthias Gaisrucker, Valentin Haag, Felix Riedler, Ferdinand Rieser, Rudolf Tremmel, Josef Mayer, Josef Winkelbauer, Gottfried Haberfellner und Josef Auer.

Auf Vorschlag des Genossen Pierer wurden nun die Genossen Ferdinand Gspurning, Rudolf Derler und die Genossin Fanny Sulzbacher einstimmig in das Wahlkomitee gewählt.

Aus dem Bericht des Obmannes ging hervor, daß im Berichtszeitraum 22 Monats Sitzungen und ebenso viele Sprechstage abgehalten wurden. Auch zur Bundeshauptversammlung und zur Arbeitstagung in Wien am 29. und 30. Jänner 1972 wurden unsere Delegierten entsendet. Auch bei acht Landesleitungssitzungen war die Bezirksgruppe durch ihre Funktionäre vertreten. Gemeinsam mit der Partei wurde der Schweigemarsch am 12. Februar und am 1. November durchgeführt.

Auch auf unsere älteren Genossen wurde nicht vergessen. Jeder unserer Jubilare, darunter ein Genosse mit 90 Jahren, wurde mit einem Geschenkkorb geehrt.

Nach Erstattung des Kassenberichtes durch unseren Kassier Genossen Schnabel brachte Genossin Sulzbacher den Kontrollbericht. Die Kasse samt allen Belegen wurde genauestens überprüft und in Ordnung befunden. Der Antrag auf Entlastung des Vorstandes wurde einstimmig angenommen.

Aus dem Bericht des Sozialreferenten Genossen Mühlbacher ging hervor, daß im Berichtszeitraum 40 schriftliche Ansuchen nach Wien weitergeleitet wurden und nahezu alle in positivem Sinne erledigt wurden. Ganz besonderer Dank gilt dem zuständigen Landesrat Genossen Gruber und dem Bundesvorstand, die für unsere Sorgen und Wünsche immer großes Verständnis zeigten.

Landesobmann Genosse Lackner gab in seinem Referat einen Bericht über die Opferverbände, die bis 1946 gemeinsam arbeiteten; dann wurde der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus gegründet. Genosse Lackner sprach auch über verschiedene Wünsche und Forderungen im Hinblick auf den kommenden Parteitag.

Abschließend erwähnte Genosse Lackner, daß im Herbst dieses Jahres ein Besuch des KZ Buchenwald durchgeführt wird. Sein Referat wurde mit Beifall aufgenommen.

Dann brachte der Vorsitzende des Wahlkomitees, Genosse Gspurning, folgende Genossinnen und Genossen für den Ausschuß zum Vorschlag:

- |                   |  |
|-------------------|--|
| 1. Obmann:        | Genosse August Jaritz  |
| 2. Obmann:        | Genosse Josef Mühlbacher   |
| 1. Kassier:       | Genosse Johann Schnabel  |
| 2. Kassier:       | Genosse Anton Rust   |
| 1. Schriftführer: | Genosse Ignaz Pierer   |
| 2. Schriftführer: | Genossin Fanny Sulzbacher  |
| Kontrolle:        | Die Genossin Maria Plevka und den Genossen Adolf Wukitschewitsch |
| Beisitzer:        | Die Genossen Franz Enengel und Rudolf Derler                     |
| Sozialreferent:   | Genosse Josef Mühlbacher   |
| Jugendvertreter:  | Genosse Friedrich Klopff   |

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen.

**Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, welche für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte mit einer Zeile Zwischenraum (zweizeilig) abzufassen und den Bogen Papier immer nur einseitig zu beschreiben.**

**Kapfenberg. Gottfried Haberfellner** †. Am Donnerstag, dem 20. Jänner 1972, wurde unser Freund und Kampfgefährte Genosse Gottfried Haberfellner (63) im Stadtfriedhof Kapfenberg zu Grabe getragen. Der Verstorbene gehörte seit dem Jahre 1928 der Sozialistischen Partei an und stand im Jahre 1934 als Schutzbündler auf den Barrikaden. Seit dem Jahre 1945 war er auch im Gemeinderat der Stadt Kapfenberg und bekleidete während dieser Zeit als Gemeindevorstand beziehungsweise Stadtrat zahlreiche Funktionen und Ämter: Als Stadtrat für das Fürsorgewesen hat er sich besondere Verdienste erworben. Auf Grund seiner Initiative wurden in Kapfenberg eine Reihe sozialer Maßnahmen verwirklicht, die inzwischen im ganzen Land Nachahmung gefunden haben. Im Jahre 1945 wurde er schon in den Lokalausschuß gewählt, wurde Sektionsleiter, Sprengleiter und Subkassier. Er war Inhaber der Goldenen Ehrennadel der SPÖ, und für seine Verdienste um die Bevölkerung von Kapfenberg wurde ihm im Jahre 1970 das Silberne Ehrenzeichen der Republik Österreich verliehen.

Eine große Trauergemeinde nahm von unserem Genossen Abschied. Bürgermeister Genosse Franz Fekete würdigte die großen Verdienste Haberfellners um die Stadt Kapfenberg. Der Männerchor „Stahlklang“ und die Stadtkapelle umrahmten die Begräbniszereemonie. Das Wirken unseres Genossen Gottfried Haberfellner wird unvergessen bleiben, sein Geist in unserer Arbeit weiterleben.

\*

**Kapfenberg. Josef Auer** †. Ende Februar verstarb nach langem und schwerem Leiden unser Mitglied Genosse Josef Auer. Mit ihm verliert die Bezirksgruppe Kapfenberg der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus einen treuen Kämpfer, der auch in den schwersten Tagen des Faschismus unseren Idealen treu geblieben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. „Niemals vergessen!“

## Kärnten

**Landeshauptversammlung.** Im Hause des ÖGB und der Arbeiterkammer in Klagenfurt tagte am Samstag, dem 12. Februar 1972, die Landeshauptversammlung des Landesverbandes Kärnten. Vorher fand beim Mahnmal der Opfer für ein freies Österreich am Zentralfriedhof Klagenfurt-Annabichl im Gedenken an die Opfer des 12. Februar 1934 eine Kranzniederlegung statt.

Genosse Wedenig begrüßte als Ehrengäste die Genossen Leopold Wagner, Herbert Pansi und Josef Schantl sowie das Bundesvorstandsmitglied Genossen Manfred Ackermann aus Wien.

In das Wahlvorschlagskomitee wurden die Genossen Schleicher, Miklau und Abuja gewählt.

Bei der Totenehrung für sechs verstorbene Mitglieder wurde besonders der Bezirksobmann von Spittal, Genossen Georg Bramer gedacht.

In seiner Eröffnungsrede erinnerte Genosse Wedenig daran, daß es auf den Tag genau 38 Jahre sind, seit am 12. Februar 1934 soviel Blut um die Erhaltung der Demokratie und Freiheit der Ersten Republik geflossen ist. Der Tag war der Beginn des so großen Leidensganges vieler Freiheitskämpfer der ehemaligen Sozialdemokratischen Partei in den Jahren von 1934 bis 1945. Wohl habe es damals in Kärnten am 12. Februar 1934 keine Blutopfer gegeben; aber in der Folgezeit sind ungezählte Kärntner von den faschistischen Machthabern ermordet worden. Aller dieser Opfer wurde gedacht. Diese Opfer waren es, die die Wiederherstellung der Freiheit und Demokratie Österreichs überhaupt ermöglichten.

Wir sind noch die wenigen Überlebenden dieser Zeit, und ich danke für das Erscheinen der Mitglieder und Funktionäre, die trotz der schlechten Witterung sich hier eingefunden haben. Bei jeder Hauptversammlung können naturgemäß immer weniger Freiheitskämpfer kommen. Ganz besonders freuen wir uns aber, daß der Traum unserer Jugendjahre durch das Wirken einer sozialdemokratischen Bundesregierung unter Genossen Dr. Bruno Kreisky erfüllt wurde. Wir haben erstmals die politische Mehrheit in diesem Staate erreichen können und wir haben Ruhe, Frieden und einen unbeschreiblichen Aufstieg im Lande, von dem wir früher nie etwas zu hoffen wagten.

Genosse Leopold Wagner überbrachte die Grüße des Landesvorstandes der SPÖ und sagte, die Freiheitskämpfer hätten die Basis geschaffen, daß heute im Lande Kärnten und in Österreich solche Erfolge von der Partei und Gewerkschaftsbewegung erreicht werden konnten. Sicher sei noch viel zu tun, um alles das Erreichen zu können, was wir uns programmgemäß vorgenommen haben. Die Kärntner Partei sei aber bemüht, unser Ziel nie aus dem Auge zu verlieren. Vor allem wollen wir die Struktur der Gesellschaft zum Wohle des gesamten arbeitenden Volkes verändern. Die Kärntner SPÖ zähle derzeit über 45.000 Mitglieder und fühle sich mit dem Bund der sozialistischen Freiheitskämpfer auf das engste verbunden, denn alle Parteifunktionäre wollen auf dem Wirken der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus weiterbauen.

Sodann gab der geschäftsführende Obmann Genosse Hans Pawlik den Organisationsbericht für die Zeit seit der letzten Landeshauptversammlung am 8. März 1970. Die Arbeit für die Mitglieder konnte nicht mehr so umfangreich sein wie vor

einem Jahrzehnt, aber die wenigen Fälle wurden mit Hilfe der Kärntner Landesregierung und des Bundesvorstands in Wien doch meist erfolgreich behandelt. Wir hatten die Unterstützung des Opferfürsorgetates der Kärntner Landesregierung und des Sozialministeriums, so daß an die Mitglieder eine Reihe von Unterstützungen aus den Mitteln des Opferfürsorgetates der Kärntner Landesregierung verteilt werden konnte. Besonderer Dank wurde dem zuständigen Referenten in der Kärntner Landesregierung, Landesrat Rudolf Gallob, ausgesprochen.

Unser Bund ist federführend im überparteilichen Mahnmalkomitee einer Arbeitsgemeinschaft der Kärntner Widerstandskämpfer und hat sich die Pflege und Erhaltung dieses Denkmals zur Pflicht gemacht. An den Gedenktagen des 12. Februar und an den Allerheiligentagen fanden vom Bund der sozialistischen Freiheitskämpfer Kärntens Kranzniederlegungen statt. An der Bundeshauptversammlung im Vorjahr sowie an einer Arbeitstagung des Bundes in Wien Ende Jänner nahmen Kärntner Vertreter teil. Für junge Mitglieder und Jugendfunktionäre wurde gemeinsam mit der Kärntner Gewerkschaftsjugend im Juli des vergangenen Jahres eine Besichtigungsfahrt in das ehemalige KZ-Lager Mauthausen an der Donau organisiert. Genosse Pawlik dankte abschließend dem Bundesvorstand in Wien, der Landesparteileitung der SPÖ, der Kärntner Landesregierung, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und der Kärntner Arbeiterkammer für die erwiesene Unterstützung.

Der Landeskassier Genosse Alois Brentner brachte dann den Bericht über die Mitgliederbewegung sowie die Kassenberichte



*Gedenken an die Opfer des Februar 1934 vor dem Mahnmal auf dem Friedhof in Klagenfurt-Annabichl.*

für 1970 und 1971. Von der Kontrolle wurde in Vertretung des Genossen Schweinzer der Antrag auf Entlastung des Landesvorstandes und des Kassiers gestellt, der auch von der Versammlung einstimmig angenommen wurde.

Sodann ergriff Genosse Manfred Ackermann vom Bundesvorstand das Wort. Er überbrachte eingangs die Grüße des Bundesvorstandes und gab einen geschichtlichen Überblick, insbesondere der Ereignisse um den 12. Februar 1934, aber auch über die Geschehnisse bis zur Befreiung Österreichs Ende April 1945. Er verwies auf die Verhandlungen um die 22. ÖFG-Novelle, die viele Verbesserungen für die Opfer und deren Hinterbliebenen bringen soll. Der Bund der sozialistischen Freiheitskämpfer habe aber nicht nur soziale und karitative Aufgaben; er muß insbesondere als mahndendes Gewissen der SPÖ in der Gegenwart und auch für die nächste Zukunft eine große Rolle spielen. Im Jahre 1945 ist wohl der Faschismus in Deutschland, Österreich und in Italien zusammengebrochen, aber wir haben noch immer Länder mit faschistischen Regimen in Europa, zu denen neuerdings auch Griechenland dazugekommen ist, und eine kapitalistische Gesellschaftsform. Es soll sicher nichts übertrieben werden, wenn vom Neofaschismus in Europa die Rede ist. Aber wir wissen, daß die verschiedenen Arten und Abarten des Faschismus immer ihre Geldgeber finden. Für Österreich gesehen hätte der Nationalrat die Aufgabe, durch ein Schutzgesetz den Staat vor solchen gefährlichen Tendenzen zu bewahren. Wir müssen uns rechtzeitig wehren, das lehrt uns die Geschichte, und dürfen nicht zulassen, daß unter Ausnützung der demokratischen Spielregeln und Freiheiten die Demokratie in unserer Republik durch solche Anti-Demokraten wieder einmal zerstört werden könne.

Bei den anschließenden Neuwahlen wurde unter großem Beifall Genosse Ferdinand Wedenig wieder zum Landesobmann, Genosse Hans Pawlik zum geschäftsführenden Funktionär, Genosse Thomas Wieser zum Obmannstellvertreter (St. Veit an der Glan) und Genosse Alois Brentner zum Landeskassier gewählt.

Herrn  
Ackermann Manfred

Laaerbergerstr. 32/1/14/66  
1100 Wien

Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt Wien 1010

**P. b. b.**

**Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden  
an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

rasch  
freundlich  
modern



**Jetzt. Städtische.**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

## Sprechstunden

### in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 1, Wertertorgasse 9 ..... Jeden 1. u. 3. Mo.
- 2, Praterstern 1 ..... Di. 16 bis 18 Uhr
- 3, Landstraßer Hauptstraße 96 .... Mi. 17 bis 19 Uhr
- 4, Wiedner Hauptstraße 60 b ..... Mo. 18 bis 19 Uhr
- 5, Kohlgasse 27 ..... Mi. 18 bis 19 Uhr
- 6, Otto-Bauer-Gasse 9 ..... Do. 19 bis 20 Uhr
- 7, Neubaugasse 25 .. Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
- 8, Josefstädter Straße 39 ..... Do. 17 bis 18 Uhr
- 9, Marktgasse 2/I ..... Di. 16 bis 18 Uhr
- 10, Laxenburger Str. 8/10/I ..... Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
- 11, Simmeringer Hauptstraße 80 .... Jeden 2. u. 4. Di.  
18 bis 19 Uhr
- 12, Ruckergasse 40 ..... Mi. 18 bis 19 Uhr
- 13, Jodlgasse 7/III ..... Do. 17.30 bis 18.30 Uhr
- 14, Linzer Straße 297 ..... Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr
- 15, Hackengasse 13 ..... Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
- 16, Zagorskigasse 6 ..... Do. 17.30 bis 19 Uhr
- 17, Röttergasse 29 (Sekretariat der  
Mietervereinigung) ..... Mo. 17 bis 18 Uhr
- 18, Gentzgasse 62 .... Jeden 1. Mo. 17.30 bis 20 Uhr
- 19, Billrothstraße 34 ..... Di. 17 bis 19 Uhr
- 20, Raffaelgasse 11 ..... Do. 18 bis 20 Uhr
- 21, Prager Straße 9, 1. Stock ..... Jeden 2. Mo.  
17 bis 18.30 Uhr
- 22, Donauefelder Straße 259 ..... Jeden 2. Mo.  
18 bis 19 Uhr
- 23, Breitenfurter Straße 358 ..... Jeden 1. u. 3. Mo.  
18 bis 19 Uhr

### in unseren Fachgruppen

Polizei: Telephon 63 06 71/243

1, Postgasse 9, 1. Stock

Fachausschuß

Montag bis Freitag

der Sicherheitsbeamten ..... 8 bis 16 Uhr

### in unseren Landesverbänden

#### Niederösterreich:

- Baden, Wassergasse 31, ..... Jeden 1. Sa.  
Bezirkssekretariat der SPÖ .... 8 bis 12 Uhr
- Mödling, Hauptstraße 42 ..... Jeden 1. Sa.  
Bezirkssekretariat der SPÖ .... 9.30 bis 11 Uhr
- Wr. Neustadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Wiener Straße 42 ..... Jeden 1. Mo.  
9 bis 11 Uhr
- St. Pölten, Bezirksleitung,  
St. Pölten, Prandtauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr
- Schwechat, Bezirkssekretariat der SPÖ, Körner-Halle ..... Jeden 1. Fr.  
16 bis 18 Uhr

#### Burgenland:

Eisenstadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Permaystraße 2 .... Tägl. 9 bis 12 Uhr

#### Kärnten:

Klagenfurt, Bahnhofstraße 44, II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und Arbeiterkammergebäude ..... Tägl. außer Sa.  
10 bis 12 Uhr

#### Oberösterreich:

Linz, Landstraße 36/I, Hotel „Schiff“, Hoftrakt, Zimmer 3 ... Jeden 1. u. 3. Mi.  
16 bis 18 Uhr

Steyr, Damberggasse 2, ..... Jeden 1. Di.  
16 bis 17 Uhr

#### Salzburg:

Salzburg, Arbeiterheim, Paris-Lodron-Straße 21, Zimmer 30 .. Jeden Di. und Fr.  
8 bis 10 Uhr

#### Steiermark:

Graz, Südtiroler Platz 13, ..... Jeden 1. Mi.  
Zimmer 17 ..... 17 bis 19 Uhr

Bruck an der Mur, Schillerstraße 22

Kapfenberg, Volksheim ..... Jeden 2. Mi.  
(Zimmer 14), Wiener Straße .... 18 bis 19 Uhr

#### Tirol:

Kufstein, Hötzendorferstraße 4

## Redaktionsschluß

für die nächste Nummer 2. Mai 1972